

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1½ Sgr. für die viergespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 24. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Steuer-Inspektor Bachmann zu Thorn und dem Benefiziaten bei der katholischen Pfarrkirche ad Sanctum Jacobum zu Neisse, Bartusch, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Rittmecht Friedrich Doenau zu Kronsf, im Saalkreise, die Medaille am Bande zu verleihen; die seitherigen Regierungsassessoren Luckowaltz zu Potsdam, Beck zu Aachen, Schöck zu Minden, Ehrenthal zu Trier, Freiherr von Bens zu Berlin, Seligo zu Gumbinnen und Rast zu Potsdam zu Regierungsräthen zu ernennen; ferner dem bei dem Ministerialarchiv angestellten Geheimen Registrator Woltersdorf zu Berlin den Charakter als Kanzleirath zu verleihen; auch dem Direktor der Pulverbafrik zu Spandau, Oberst-Lieutenant Otto, à la suite des Garde-Artillerie-Regiments, die Erlaubnis zur Aufzogung des Kaisers von Russland Majestät ihm verliehenen St. Stanislaus-Ordens zweiter Klasse, so wie dem Major von Vorcke im Kaiser Franz-Grenadier-Regiment zur Anlegung des von des Kaisers von Österreich Majestät ihm verliehenen Mittelkreuzes des Leopold-Ordens zu erlauben. Ihre K. H. die Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Strelitz ist am 21. d. nach Weimar, und Ihre K. H. die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin am 22. d. nach Schwerin abgereist.

Angefohmen: Se. Durchlaucht der General-Major und General à la suite Sr. Maj. des Königs, Prinz Philipp von Croy, von Paris, der Oberpräsident der Rheinprovinz, von Kleist-Retzow, von Koblenz,

Telegraphische Depeschen der Posener Zeitung.

Kopenhagen, 22. Februar. Der König ist an der Gesichtsrose erkrankt. Das heutige Bulletin über sein Be- finden lautet: Die Gesichtsrose hat sich bei Sr. Majestät seit gestern etwas ausgebreitet; es hat sich indessen weder Fieber noch Uebelbefinden eingestellt. Christiansborg, 22. Febr. Eund.

(Eingeg. 23. Februar, 4 Uhr Nachmittags.)

London, Montag, 22. Febr. Abends 10 Uhr. In beiden Häusern machten die abgetretenen Minister Mittheilungen von ihrer Resignation und von der Berufung Lord Derby's. Hierauf vertagten sich die Häuser bis kommenden Freitag. Bis heute Nachmittag 4 Uhr war das neue Kabinett noch nicht vollständig konstituiert.

London, Dienstag, 23. Febr., Morgens. In gut unterrichteten Kreisen wird als bestimmt versichert, daß Gladstone und Earl Grey die Portefeuilles im neuen Kabinette ausgeschlagen haben. Gerüchtsweise wird mitgetheilt, daß auch die Lords Stanley und Stratford die Einladung zurückgewiesen hätten. Man hält für wahrscheinlich, daß Malmesbury das Portefeuille des Auswärtigen, Disraeli das der Finanzen, General Peel das des Krieges, und Lord Ellenborough das der indischen Angelegenheiten annehmen würden.

Kopenhagen, Dienstag, 23. Februar Vormittags. Das heutige Bulletin über das Be- finden des Königs lautet: Die Gesichtsrose hat sich seit gestern wohl etwas ausgebreitet, aber in geringerem Grade als an den vorhergehenden Tagen. Es hat sich weder Fieber noch sonst ein Uebelbefinden eingestellt (s. oben).

(Eingeg. 24. Febr., 9 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 23. Febr. [Die Kabinetskrise in England; die Nichtwahl Hannovers in den Kreationsausschuss; Kreditinstitut für Rustikalbesitzer.] Man sieht hier mit großer Spannung der Entwicklung der Kabinetskrise in England entgegen. Die Niederlage des Palmerstonschen Kabinetts hat aus tausend Gründen überrascht. Das Ministerium hat ein Misstrauensvolum erhalten, und zwar im Unterhause, in derselben Versammlung, welche durch die vorjährigen Wahlen speziell zur Unterstützung der Palmerstonschen Politik geschaffen wurde, welche jeden Ausbruch des edlen Lords mit schallendem Beifall begrüßte und jeden seiner Vorschläge mit kompakter Mehrheit annahm. Was aber hat seinen Sturz herbeigeführt? Nicht der Widerstand seiner beständigen Gegner, der Tories, der Peeliten und der Radikalen; denn alle diese zusammengenommen bilden nicht die Mehrheit des Unterhauses. Nein, das Kabinett unterlag durch den Abfall eines Theils seiner bisherigen Anhänger, welcher bei der zweiten Abstimmung in das Oppositionslager hinüberließ. Noch wunderbarer erscheint die Krise, wenn man die Umstände, unter welchen sie eintrat, näher betrachtet. Lord Palmerston galt mit Recht von jeho als der Vertreter einer Politik, welche, ganz ohne Rücksicht auf die berechtigsten Ansprüche des Auslandes, einzigt nur den Interessen, den Meinungen, den Launen des britischen Volkes Rechnung trägt. Kraft dieses Programms hatte er alle seine Vorgänger aus dem Sattel gehoben, und sich eine Popularität erworben, wie sie selten in dem Inselreiche einem Staatsmann zu Theil ward. Zum ersten Male findet sich der Minister mit dem unnahbaren Britenfolge veranlaßt, einem auswärts-

gen Bündniß ein Zugeständniß zu machen und in konservativem Sinne eine Verhängung der Gesetze gegen revolutionäre Mordanschläfer herbeizuführen, und siehe da! in demselben Augenblick entfällt ihm die Macht, welche er oft genug zum Schutze revolutionärer Interessen gemischaucht hat. Die Opposition eignet sich die Palmerstonschen Grundsätze an, um Palmerston zu bekämpfen und der edle Lord unterseigt als Märtyrer des englisch-französischen Bündnißes, dessen Begründung die Leiter zu seinem Einfluß geworden war. So wunderbar gestalten sich politische Konjunkturen! Indes gilt es noch gar nicht für ausgemacht, daß Palmerston wirklich das Staatsruder aus den Händen giebt. Wenn die Oppositionsführer nicht im Stande sind, ein neues Kabinett zu bilden, dann wird sich das alte Ministerium wohl entschließen, im Amt zu bleiben. — Es ist allgemein aufgesessen, daß Hannover nicht in den von der Bundesversammlung bestellten Kreationsausschuss gewählt worden ist. Wie verlautet, hat dieses negative Wahlergebniß wesentlich in dem Einflusse der süddeutschen Staaten seinen Grund. — Die dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Entwürfe des Grafen Pfeil-Neurode in Betreff eines Kreditinstitutes für die Rustikalbesitzer der sechs östlichen Provinzen gehen im Wesentlichen darauf hinaus, vermittelst einer Ausgabe von Rustikal-Pfandbriefen die auf den bäuerlichen Grundstücken haftenden grundherrlichen Renten ohne Erhöhung der bisherigen Leistungen der Pflichtigen abzulösen, die Rückzahlung der auf den Rustikalgütern haftenden Hypothekenschulden zu vermitteln und den Besitzern überhaupt einen soliden Kredit offen zu halten.

Berlin, 23. Febr. [Vom Hofe; Be- finden des Prinzen von Preußen; Fürst Opplanti; die Kostüme der Horseguards.] Ihre Majestäten empfingen heute Vormittag den Besuch der Prinzessin von Preußen, des Prinzen und der Prinzessin Friedrich Wilhelm und der Prinzessin Stephanie von Hohenzollern, welche sich um 11 Uhr nach Charlottenburg begeben hatten. Die Alerhöchsten und höchsten Herrschaften machten darauf eine Spazierfahrt und trafen Mittags hier ein. Ihre Majestäten nahmen den Weg nach dem Krankenhaus Bethanien zu und fuhren darauf am neuen Kanal entlang nach Charlottenburg zurück. Über das Be- finden des Prinzen von Preußen läßt sich nur Erfreuliches melden. Der hohe Patient muß zwar noch immer auf der Chaiselongue liegen und sich auch, zur Schonung des kranken Beines, aus dem Schlafgemach ins Arbeitszimmer tragen lassen, allein die Schmerzen sind fast gänzlich gewichen und die Geschwulst hat sich gelegt. Hiesige Blätter melden ganz richtig, daß der Portier in der Behrenstraße dem Prinzen allein zu Hülfe geeilt sei; untrügt ist aber die Mithaltung, daß der Prinz trotz dieses Beifandes in sein Zimmer hätte getragen werden müssen. Der Prinz ging vielmehr, gestützt von dem Portier, langsam über die Höfe nach dem vorderen Palais; am Eingange kam die Dienerschaft gestürzt, um Sr. Königl. Hoheit Beistand zu leisten; der Prinz wies sie jedoch mit dem Bemerkung zurück, daß der, welcher ihn bis hierher gebracht habe, ihn auch in sein Zimmer führen solle, und so führte der Portier auch allein seinen hohen Herrn in das Gemach, wo er sich seines Mantels entledigte und auf die Chaiselongue niederließ. Das Uebrige ist bekannt. Heute Vormittag arbeitete der Prinz zuerst mit dem Obersten v. Mantuuff und darauf mit dem Ministerpräsidenten. Als dieser das Palais verließ, fuhren dort der Prinz und die Prinzessin Friedrich Wilhelm vor, die seit dem Unfalle täglich längere Zeit um den erlauchten Vater im Palais zu bringen. Die junge Prinzessin schließt sich auf das Innigste an die erlauchten Schwiegereltern an und sucht ihnen in allen Stücken die Tochter, die Großherzogin Luise, zu ersehen. Nachmittags war bei den hohen Personen im Schloß Tafel, zu der hier weilende englische Familien, General Graf Adlerberg, der von Weimar hierher zurückgekehrt ist, und andere hochgestellte Personen eingeladen waren. Abends erschienen die hohen Neuvermählten im Opernhaus und wohnten dem Ballet "Satanella" bei. Nach dem Schluss der Aufführung begaben sich dieselben zu den erlauchten Eltern und nahmen mit ihnen und anderen fürstlichen Personen den Thee ein. — Die Prinzessin Stephanie von Hohenzollern hat sich, wie ich erfahre, heute am Hofe verabschiedet. Ob dieselbe direkt nach Düsseldorf geht, ist augenblicklich noch ungewiß; wahrscheinlich wird die hohe Dame zuerst nach Dessau gehen, dort mit den Eltern zusammenzutreffen und darauf die Höfe zu Weimar, Gotha &c. zu besuchen. Die Ratifikationen des Ehevertrages zwischen den hohen Verlobten sind bereits in London ausgewechselt worden. — Der Fürst Opplanti, der hier längere Zeit verweilte und in den Gesellschaften, wie beim Ministerpräsidenten, in seiner Nationaltracht erschien, ist heute früh nach Paris abgereist. — Wie bekannt, erschien das Trompeterkorps der Kaufleute am Einholungstage in dem Kostüme der englischen Horseguards, weil man auf diese Weise die hohe Frau überraschen wollte. Um diese prachtvollen Kostüme bewarben sich, nachdem sie die Trompeter abgelegt hatten, verschiedene Maskengarderobebegeistiger, auch wollte man wissen, daß sie nach England verkauft werden seien; jetzt erfährt man jedoch, daß dieselben dem Direktor Wolschläger unter der Bedingung überlassen worden sind, daß die Einnahme, welche an dem Tage erzielt wird, an welchen die Kaufleute zum erstenmal in dieser Tracht vor dem Publikum erscheinen, zum größten Theile zu einem milden Zwecke den Kaufleuten zufalle.

[Ordensdekoration des Prinzen Friedrich Wilhelm.] An dem Ordenssterne des Prinzen Friedrich Wilhelm bemerkte man bei dem letzten Subskriptionsball zum ersten Male ein Abzeichen, welches außer ihm nur Se. Maj. der König trägt. Da nämlich die Ritter des englischen Hosenbandordens bei ihrer Aufnahme geloben müssen, den Orden stets und überall tragen zu wollen, so hat Se. M. der König, um diesem Gelübde nachzukommen, das blaue emailierte Band mit der

bekannten Devise „Honny soit qui mal y pense“ dem von ihm getragenen Stern des Schwarzen Adlerordens befügen lassen und ganz dieselbe Dekoration trägt jetzt der Prinz Friedrich Wilhelm, auf dessen Brust mithin die beiden Orden beider Nationen, in einer Dekoration vereinigt, glänzen. (N. B. 3.)

Breslau, 23. Febr. [Eine bedenkliche Geschichte.] Die „Schl. 3.“ bringt folgenden wohlgemeinten Rath: Alle, die die gefährlichen Eisberge und Gleischer der kleinen Grossengasse der Haupt- und Residenzstadt Breslau zu passiren haben, werden, um Unglücksfälle vorzubeugen, sehr wohlthun, sich mit Führer, Eissporen, Alpenstöcken &c. zu versehen. Die Vorsteher von Lehranstalten und wissenschaftlichen Instituten, welche ihren Schülern die Gefahren einer Nordpolreise praktisch zu veranthalten wünschen, so wie Naturforscher, welche Berufs-Orientiertheit genug besitzen, finden, wenn sie von jeder Naturschönheit ablehnen, hier im Mittelpunkte der Stadt die schönste Gelegenheit, ihr Wissen zu bereichern. Bei der jetzigen Temperatur ist es nicht nothwendig, sich dabei zu überreisen, da einmal die Gegend täglich schöner wird, und das andere Mal eine Beseitigung durch menschliche Kräfte in dieser stiefmütterlich behandelten unbekannten Nordpolsdurchfahrt nach allen Erfahrungen nicht zu erwarten steht. Etwas zur Befichtigung abgeschickten Deputationen bin ich gern bereit, als Führer zu dienen, und die nothwendigen Reiserequisiten unentgeltlich zu liefern. August Rothe, Schmiedemeister, auf dem kleinen Groschen-Nordpol Nr. 13. (Mutatis mutandis auch für manche andere Städte passend!) D. Red.)

Dortmund, 20. Februar. [Der Eisenbahunfall.] Die „W. 3.“ berichtet ihre Mithellung über den am 16. d. stattgehabten Unfall auf der Bergisch-Märkischen Eisenbahn (s. Nr. 44) dahin, daß nicht der Soester, sondern der Düsseldorf-Elberfelder Güterzug mit einem leeren Wagentrain zusammengestoßen ist. Der außerordentlichen Thätigkeit der Bahnverwaltung bei Hinwegräumung der auf dem Bahnhofe liegenden Trümmer ist es zu danken, daß kurz nach Mittag die Bahn, wenigstens auf dem Dortmund-Soester Geleise wieder fahrbar war. Der Schaden, den dieser Unfall angerichtet, soll nicht unerheblich sein, indem sowohl die Wagen, als auch die Schienen und Schwellen gelitten haben. Die Trümmer boten zum Theil einen grausigen Anblick dar, so waren z. B. einige Wagen bis auf die Hälfte ihrer natürlichen Länge zusammengequetscht. Die bei dem Unfall verletzten Bremser sind sämtlich noch am Leben und ist gegründete Hoffnung auf baldige Wiederherstellung der selben vorhanden.

Glogau, 23. Febr. [Brand des Bahnhofs.] In Nachstehendem theile ich Ihnen die Details des hiesigen Bahnhofbrands mit, welche, obwohl die Nachricht von dem Ereignisse gewiß bald bei Ihnen bekannt geworden ist (s. Nr. 45), doch von weiterem Interesse sein dürften. Das Feuer, welches durch die hier schon so oft bemerkte späte Signalisirung vom Thurm aus in der Stadt erst nach 12 Uhr bekannt ward, brach auf dem nahe bei dem Brückentorff gelegenen provisorischen Bahnhof der Glogau-Eisenaer Bahn bald nach 1 Uhr aus. Die Ursache ist bis jetzt unermitteilt. Noch kurze Zeit vor dem Ausbruch hatte der zufällig anwesende Regierungsrath Küh mit dem Abtheilungsbau-meister Bahl alle Räume durchgangen, und nirgend war eine Spur von Brandgeruch &c. entdeckt worden. Allgemein stellt man jedoch die Vermuthung auf, daß in einem neben der Billietausgabe befindlichen, zur Reinigung von Lampen &c. bestimmten kleinen Raum, der, wie die übrigen durchweg hölzernen Gebäude, mittels eisernen Ofens geheizt worden, entweder beim Feuern läßt umgegangen, oder eine der Abzugsröhren glühend geworden sei, der Brand sich einige Zeit unbemerkt unter dem Dappdache fortgepflanzt habe, und sodann bei einem plötzlichen Luftzug ausgebrochen sei. Der auf die Hauptmasse der Gebäude zuwährende Wind, das leicht entzündliche Material und vielleicht auch die augenblickliche Bestürzung und (wegen Entfernung von der Stadt) geringe Hilfsleistung wirkten selbstredend mit, so daß in unglaublich kurzer Frist drei der vielen dort befindlichen Gebäude, nämlich die Restaurationslokalen und die Billietexpedition, nebst fast allem Inhalt zerstört wurden. Nur der Stärke der Brandmauer, welche dicht an dem Brückentorffour die jenseit des Geleises liegenden Gebäude schützte, sowie den riesigen Anstrengungen Einzelner ist die Rettung dessen, was noch unversehrt stand, zu danken. Ausgezeichnet hat sich hierbei außer den bald herbeigeeilten Arbeitern aus der Borstig'schen Fabrik noch ein hiesiger Tagearbeiter, welcher, auf einem Schornstein des Nebengebäudes sitzend, im dichten Qualm mit eigener Lebensgefahr sowohl zum Löschnen des zuletzt brennenden Blockhauses, in welches die Restaurationstheilweise verlegt war, beitrug, als auch die nahen Dächer durch Beweichen vor Enzündung schützte, während er selbst mehrfach seine angebrannten Kleider löschte. Der jedenfalls bedeutende Schade trifft, da sämtliche Gebäude hoch verschont sind, zumeist die Assuranzgesellschaft, sehr schwer aber den Restaurateur, dessen fast ganz vernichtete Habe nicht versichert war. Dagegen werden bezüglich der Fortsetzung des Betriebs auch große Anstrengungen nötig sein. Empfindlich ist jedenfalls auch der Verlust einer Menge amtlicher Papiere. Die vorhandenen, zufällig geringen Geldbestände befanden sich verschlossen in einem feuersicheren Behältniß, welches rothglühend aus den Trümmern gezogen ward, dessen Öffnung aber nicht sofort gelang, weil geschmolzene Stoßteiletheile in die Schlüssellocher gedrungen waren, und kann daher noch nicht berichtet werden, inwieweit die Papiergeleider sich konservirt haben oder nicht. Sehr wesentlich war es, daß sich dicht neben der Brandstätte ein großer Wasservorrath befand, indem nur dadurch die Rettung der übrigen Gebäude möglich ward. Menschen sind nicht verletzt worden, und trotz der großen Ver-

wirkung und dem gar nicht zu hemmenden enormen Zubrang des Publikums gelang es doch den vereinten Anstrengungen der Beamten, den nächstgelegenen Zug nach kaum 2 Stunden fortzusetzen. Gleich beim Ausbruch des Brandes hatte man, da die Telegraphenleitung auch sofort in den Kreis des Feuers geriet, den Abheilungsbaumeister Dickhoff, dem jetzt die Aufsicht über die Gebäude obliegt, durch eine zurückgeladene Lokomotive, welche zur Führung des nächsten Zuges bestimmt war, herbeigeholt. Jetzt ist man bereits mit den nächsten notwendigen Maßregeln in's Steine gekommen, so daß eine Störung des Betriebes nach keiner Seite hin zu fürchten ist.

Koblenz, 21. Februar. [Der Karneval.] Unser diesjähriges Karnevalsfest war eins der heitersten seit Jahren, alle Stände der Einwohnerschaft nahmen daran Theil. Sowohl hatten wir keinen großen glänzenden Maskenzug, wie verschiedentlich vor dem Jahre 1848, doch zeigten unsere Straßen durch verschiedene recht komische Gruppen ein recht munteres, heiteres Bild, und man schien sich mit um so mehr Lust in dieses Treiben der Masken auf den Straßen zu mischen, als auch nicht im Entferntesten von irgend einer Seite her diesen lustigen Schwankungen eine Schranke entgegengesetzt wurde. Ungestört in alter Weise tummelten sich die bunten Gruppen in den Straßen umher und was seit längeren Jahren nicht mehr der Fall gewesen, es wurden für solche Maskeraden auf den Straßen (die vielen Masken der Kinder nicht gerechnet) an 300 Karren bei der Behörde gelöst. Jeder Koblenzer freut sich, daß der Karneval wieder einmal so munter und vergnügt hier vorübergangen ist. Abends waren sämmtliche Redouten überfüllt. Von allen Seiten zollt man den Behörden noch besonders dafür die ungetheilte Anerkennung, daß dieselbe durch ihr rücksichtsvolles und humanes Benehmen es möglich mache, daß das altherkömmliche Fest in so froher und ungefährter Weise beginnen werden könnte. (B.)

Königsberg, 22. Februar. [Zum Duell.] Zu der von uns gestern nach der "R. S. B." gegebenen Erklärung, nach welcher die Mittheilungen der "Zeit" über das beklagenswerthe Ereignis theils unvollständig, theils falsch sein sollten, bemerkte diese: 1) wir haben niemals behauptet, daß unsere Darstellung der Gründe, welche zu dem Pistolenduell geführt haben, vollständig sei, im Gegenteil, es ist von uns ausdrücklich bemerkt, "daß deren nähere Besprechung nicht vor die Öffentlichkeit gehöre"; 2) wir halten auch der obigen Erklärung gegenüber die Richtigkeit unserer Mittheilungen vollkommen aufrecht und erwarten den Gegenbeweis. — Privatbriefen entnimmt die "Sp. B.", daß Aussichten auf völlige Wiederaufstellung des schwer verwundeten Lieutenant Jachmann vorhanden sind. Das Kinnbein ist nicht, wie man ansangs befürchtete, zerschmettert worden, und es hat die Kugel nur mehrere Zahne mitgenommen.

Stettin, 22. Februar. [Das Gewicht bei Lieferungsgeschäften.] Am heutiger Börse lag folgende Bekanntmachung der Vorsteher der Kaufmannschaft auf: "Wir bringen hierdurch zur Kenntnis der Börse daß bei allen von jetzt abgeschlossenen Geschäften „auf Lieferung“ das neue Gewicht hier allgemein zur Anwendung kommen soll, wenn der Termin der Lieferung über den 30. Juni d. J. hinausgeht, oder das alte Gewicht nicht ausdrücklich bedungen ist."

Destreich. Wien, 22. Februar. [Protest gegen die Auflösung der Divans.] Der Ferman, durch welchen die Pforte die Divans in der Moldau und Walachei aufgelöst hat, hat einen Theil der Mitglieder der Divans zu einem Proteste gegen den Auflösungsferman veranlaßt. Sie versammelten sich zu diesem Ende in Bukarest bei dem Bojaren C. Kreuzesco, und obwohl die Raimakamie die Versammlung durch den Polizeipräfekten aufheben ließ, so kam dessen ungeachtet der Protest zu Stande. Derselbe sollte den Mitgliedern der in Bukarest residierenden Europäischen Kommission übergeben werden, wurde jedoch nur von dem französischen Bevollmächtigten, v. Tasserand, angenommen. (B. S.)

[Die Ereignisse in Montenegro und der Herzegowina.] Ein norddeutsches Blatt hat vor Kurzem die Nachricht gebracht, daß Destreich die militärische Befreiung Montenegro's beabsichtige. Diese Angabe ist ganz unbegründet. Dagegen darf es sich aber bestätigen, daß der Pforte kein Hindernis von Seiten Destreichs in den Weg gelegt werden wird, wenn sie dieses Mal wirklich mit allem Ernst gegen den kleinen Staatsstaat vorausfährt. Daß sie aber den festen Willen dazu hat, steht außer allem Zweifel. In Albanien ist die Aufregung eine sehr bedenkliche. In der Herzegowina wurden mehrere türkische Grundbesitzer von den Rajahs erschlagen, welche dann ihr Besitzthum den Flammen Preis gaben. Die Insurgenten bedrohen selbst die stärkeren Plätze, da sie wissen, daß die meisten derselben nur schwache Garnisonen haben. Man fürchtet, daß, wenn sich der Aufstand über ganz Albanien ausbreite, selbst Antivari nicht mehr gesichert sei, dessen Besitz von dem Fürsten Danilo auf das Eifrigste angestrebt wird, da er dann Herr eines Hafens am Adriatischen Meere wäre. Die am See von Skutari gelegenen türkischen Ortschaften Seoce und Kernice haben sich, wie aus Gallaro gemeldet wird, an Montenegro ergeben. Peter Filipow, der Senator, ist mit 20 Mann dahin gegangen, um von diesem Gebiete Besitz zu nehmen. 2000 Messingkreuze sollen in jene Gegend geschickt werden, um an der Kopfbedeckung befestigt, als Symbol der Erlösung (!) getragen zu werden. (R. S.)

Bayern. München, 20. Februar. [Die Lutheraner in Bayern.] So streng die Regierung gegen die freien Gemeinden bei deren Auflösung auftrat, so nachstichtig zeigt sie sich gegen die Lutheraner, welche bei uns noch nicht in Gemeinden, sondern nur durch Geistliche vertreten sind. Wollte man die ersten abstimmen lassen, so würde sich eine überraschende Majorität gegen das mit auffallender Rechtheit um sich greifende Lutherthum herausstellen. Haben doch die Führer dieser Sekte als Beschlüsse einer in ihrem Zion, dem Dörfchen Neudettelsau in Mittelfranken, abgehaltenen Berathung kurz nach der Generalsynode dem obersten Kirchenregimente und gegeben, daß sie sich ferner keiner kirchlichen Autorität unterordnen wollen; das Oberkonsistorium solle alle sie (die Lutheraner) betreffenden Mittheilungen ihnen durch den in München wohnenden Oberappellationsrat Freiherrn v. Lucher zukommen lassen. Und die oberste Kirchenbehörde hat diese Notifikation hingenommen; nicht einmal die Gemeinden werden gehört, wenn sie gegen ihre Pfarrer, welche ihren Liturgie und andere Dinge aufdrängen, klagen aufzutreten. Einer der hervorragendsten, wenn nicht der begabteste Führer der Lutheraner, ist der Pfarrer Löhe in Neudettelsau, welcher dort das einzige, in Bayern bestehende Diaconissenhaus und eine Missionsanstalt begründet hat und noch leitet. Dieser Geistliche hat neulich die letzte Oelung an einer Kranken höheren Standes, die sich im Diaconissenhaus zu Neudettelsau befand, vorgenommen und auch schon früher eine Art Ohrenbeichte eingeschritten. Der eifrigste Schüler Löhes, der Pfarrer Sennert in Fürth, hat die Oelung kürzlich ebenfalls an einer Kranken vornehmen wollen, aber all seinem geistlichen Zusprache zum Troste

widersegte sich die ganze Familie derselben. In der Liturgie, welche natürlich ganz im alten Kirchenstile gehalten wird, heißt es in Bezug auf die Handlung selbst, die aber erst vorgenommen wird, wenn nach längeren Responsionen der Kranke seine Sünden bekannt und die Absolution empfangen hat: "Darauf ergreife der Pfarrer mit der linken Hand das Oel, tauche seinen rechten Daumen in dasselbe, und salbe ihn entweder am leidenden Theile (!) oder, wenn die allgemeine Ergriffenheit vorhanden ist, an der Stirne, an den Händen und an den Füßen, oder stait der Füße auf der Brust. Dazu spreche er: Gehorsam heiligem Befehle salbe ich dich hiermit im Namen des Herrn, des Vaters †, des Sohnes † und des heiligen Geistes †. Ihm dem dreieinigen einzigen Gott sei Dank und Ehre. Dir aber geschehe Heiligung und Frieden, wenn es sein heiliger Wille ist." Mr. Löhe, welcher übrigens in seinem Privatleben ein ehrenwerther Mann ist und seiner Sache große Opfer bringt, dafür aber einen gewissen geistigen Hochmut unverkennbar sich eigen gemacht hat, behauptet, daß wunderbare Gebetsanhörungen auch jetzt der Kirche nicht versagt seien und kurzt deshalb auch Geisteskranken aller Art durch die Kraft eines Gebetes und hat schon manche Kuren gemacht, welche ihn weit und breit in den Ruf gebracht haben, den Teufel austreiben und bannen zu können. Daß dieser extreme Lutheraner festiglich an den persönlichen Teufel glaubt, brauchen wir wohl schließlich nicht erst zu versichern.

Ansbach, 20. Februar. [Verurtheilung eines Arztes.] Nach Erkenntnis des hiesigen Bezirksgerichts wurde der quiescente Landgerichtsarzt Dr. Frech hier selbst des Vergehens der fahrlässigen Körperverletzung (grober Fahrlässigkeit) wegen sorgloser und fehlerhafter Behandlung eines Armbrochs für schuldig befunden und in Anwendung des Art. 181, dann Art. 65, Nr. 3, Art. 66 und 69, Nr. 3, Th. 1 des Strafgesetzbuchs zu einer achtmonatlichen Festungsstrafe, so wie in die Kosten des Prozesses und Strafvozzuges verurtheilt.

Anhalt. Dessau, 22. Februar. [Kreditanstalt.] Der Verwaltungsrat der Dessauer Kreditanstalt hat heute eine Einzahlung von 20 Proz. auf die Aktien Lit. B. beschlossen. Der Beschuß ist die Folge unabsehbarer Bedürfnisse.

Luxemburg, 21. Februar. [Presprozeß.] Der Artikel "ein Staatsstreich im Glas Wasser und Folgen desselben" in der in Hamburg erscheinenden Zeitschrift "Jahrhundert" hat, wie der "Allgemeine Zeitung" gemeldet wird, eine Untersuchung zuerst gegen den Verleger der Zeitschrift, und dann, nachdem sich Dr. Grün in Brüssel als Verfasser des fraglichen Artikels genannt, eine Anklage auf Majestätsbeleidigung u. c. gegen diesen nach sich gezogen. Der Prozeß wurde vor einigen Tagen entschieden und Dr. Grün in contumaciam zu 3 Jahren Gefängnis verurtheilt. Die Zeitschrift "das Jahrhundert" ist seit dem Erscheinen dieses Artikels hier verboten.

Großbritannien und Irland.

London, 20. Februar. [Die Niederlage der Regierung], dem Amendement Gibsons gegenüber, besteht nicht bloß darin, daß die Verchwörungsbill in zweiter Lesung verworfen wurde, sondern schließt noch ein wichtigeres Moment in sich. Jenes Amendement ist, was auch Lord Palmerston ziemlich unverblümmt anerkannte, ein Misstrauens- oder Todesvotum gegen die Regierung und eine Herausforderung oder doch jedensfalls ein Aergernis für die französische Regierung. Die "Times" spricht sich über das Ergebnis der Abstimmung ungefähr folgendermaßen aus: "Ihre Folgen müssen gewißlich werden, gewichtiger vielleicht, als die Majorität zu erwägen für gut fand. Wir erhalten uns, Vermuthungen über die nächsten Schritte der Regierung auszusprechen, aber es ist klar, daß, wofern nicht ein überwiegendes Pflichtbewußtsein Lord Palmerston nöthigt, einstweilen im Lande zu verbleiben, es das Allereinfachste für ihn wäre, abzudenken und es den gemeinsam gegen ihn verbündeten Tories und Radikalen anheimzustellen, welche von beiden Parteien die Zügel der Regierung übernehmen solle. Wir sprechen nicht gegen das Aberglaube, aber es läßt sich nicht leugnen, daß es eben jetzt unserer Bedürftigkeit einer starken Prüfung unterzieht. Es setzt uns drei Feuer auf einmal aus. Auf der einen Seite unser besorgter zorniger Nachbar, auf der anderen ein Haufe Flüchtlinge, die sich aufs Recht berufen, aber dessen Bedingungen verleben. Und zu Hause endlich unser eigenes Volk, das stolz auf sein Aberglaube ist, aber kaum weiß, ob es mehr gegen die Monarchen, die es beschränkt sehen möchten, oder gegen die Flüchtlinge, die es zu missbrauchen wünschen, erbittet sein soll. Keiner dieser drei Parteien kann es die Regierung ganz recht machen. Denn sie will die Flüchtlinge nicht aus dem Lande jagen oder auf Schritt und Tritt durch Spione verfolgen. Sie will aber auch aus England keine Feindsäfte für Meuchelmörder machen und will andererseits nicht, daß eine Mordverschwörung gegen einen fremden Potentaten gelinder, als ein Mordplan gegen einen englischen Hausherrn bestraft werde. Um allerunzufrieden von den Drei ist das englische Volk, das keine Gesetzgebung auf Veranlassung eines Dritten will, und unter diesen Umständen brachte Herr Gibson sein Amendement ein, das die Regierung tadeln, weil Wallensteins (erste) Depesche nicht schriftlich erwidert worden ist. Das Amendement geht durch, und die Wirkung ist dieselbe, wie bei einer Granatenexplosion am Eingange eines Theaters. Alles ist Schrecken und Verwirrung. Alles hat sich überstürzt. Wallensteins hätte den Schein vermeiden müssen, mehr von uns zu verlangen, als wir wahrscheinlich geben können. Lord Palmerston hätte schriftlich antworten müssen, und die Bill, wenn überflüssig, hätte um ihrer selbst willen verworfen werden sollen, nicht aber deshalb, weil jene Depesche nicht beantwortet worden ist. Über wir dürfen nicht ganz übersehen, daß Lord Palmerston für seine Schritte verantwortlich war, und daß es ihm vielleicht wichtiger erschien, einen ernsten Konflikt mit Frankreich zu vermeiden. Es handelt sich nun fälschlich darum, ob Lord Palmerston in seiner letzten, der französischen Regierung gemachten Mitteilung die Ehre Englands gewahrt habe oder nicht, und das Unterhaus hat darauf mit einer Majorität von 19 Stimmen entschieden, daß er die Ehre Englands nicht gewahrt habe." Der "Morning Chronicle" und "Post" sprechen deutlicher als die "Times" ihre Besorgnis vor einem möglichen Bruch der französischen Allianz aus. "Das unvermeidliche Resultat der Abstimmung", sagt letztere, "muß sein, daß wir mit Frankreich in Verbindung gerathen, denn sie kann nur als eine Drohung des Unterhauses gegen einen treuen Verbündeten aufgefaßt werden. Die Verantwortlichkeit für die Folgen der Abstimmung mögen fortan diejenigen übernehmen, die aus Parteiwecken die besten Interessen des Landes gefährdet haben. Der "Morning Advertiser" scheint keine Ahnung davon zu haben, daß es Lord Palmerston in den Sinn kommen könnte, sein Amt niederzulegen, oder er spricht sie abschäglich nicht aus. Aber er beschwört Lord Palmerston, keinen Augenblick zu verlieren, um die englische Küste in Vertheidigung zu setzen und auch sonst die erforderlichen Maßregeln gegen etwaige Ereignisse anzuordnen. "Daily News" beschäftigt sich damit, die Nachtheile der Bill in grellen Farben zu schildern. Der "Morning Herald" betrachtet das

Ministerium als geschlagen, offen getabelt, folglich als gesalzen und als verpflichtet, abzudanken, indem das Torhblatt zu früh als nächstbesteigten Nachfolger den Lord Derby bezeichnet (ist bekanntlich eingetroffen; d. R.). Der "Globe" hält den Entschluß der Regierung für leicht zu errathen; Lord Palmerston werde wohl nicht umhin können, die Annahme der Gibson'schen Resolution als ein Ladessvotum anzusehen und die Wahrung der Nationallehre denjenigen zu überlassen, welche die Majorität gebildet; einer Partei, die im Jahre 1852, bereit gewesen, das englische Aberglaube zu opfern, und die 1857 so unerträglich für China gegen England gesprochen habe". Das künftige Ministerium werde der Nachfolger einer Regierung sein, die an Thätigkeit und Erfolgen wenige ihres Gleichen gehabt und nicht zu fürchten brauche, von ihren Erben verdunkelt zu werden."

[Parlament.] Wir geben nachträglich noch den Bericht über die Parlamentsitzung von 18. d.: Im Oberhause beantragte der Earl von Carnarvon die Vorlegung eines Berichtes über die Stärke der gegenwärtig eingereisten Militärregimenter und drückte dabei die Ansicht aus, daß dieselbe nicht genügend sei. Er erinnert des Vergleiches halber an das Jahr 1855. Damals, meint er, sei vielleicht zu viel für die Miliz votiert worden; allein man müsse sich auch davor hüten, in das entgegengesetzte Extrem einer zu großen Sparsamkeit zu verfallen. Lord Palmerston entgegnete, 10,000 Miliz seien hinreichend, da die Reihen des Heeres jetzt reichlicher als früher durch freiwilligen Eintritt verstärkt würden. Seit dem 1. Januar seien auf diese Weise 8500 Mann aufgebracht worden, und die Zahl der in der vorigen Woche eingetretenen Rekruten betrage 2000. Wenn die Rekrutierungen noch zwei Monate lang in derselben Weise ihren Fortgang hätten, so würde die Regierung durch freiwilligen Eintritt ins Heer seit dem Juli eine Streitmacht aufgebracht haben, die beinahe eben so zahlreich wäre, wie das nach Indien abgesandte Heer.

Im Unterhause wurde die Debatte über die indische Bill fortgesetzt. Oberst Sykes verwahrte sich zuvorüberst gegen die Voraussetzung, als wolle er als Lobredner der Ostindischen Compagnie auftreten. Doch seien von den Gegnern der Compagnie sehr irrite Behauptungen über die indische Verwaltung aufgestellt worden. So z. B. in Bezug auf den Steuerdruck; er seines Theils habe in einer einzigen Strafe in England mehr menschliches Elend gesehen, als in einer ganzen Provinz Indiens. Was den Vorwurf angehe, daß die gegenwärtige Doppelregierung schwerfällig und unbeholfen sei, so mache er sich anheischig, aus amtlichen Aktenstücken darzuthun, daß das Direktorium die erstaunliche Masse von Geschäften, die es zu bewältigen habe, mit großer Schnelligkeit erledige. Die eintretenden Veränderungen hätten ihren Grund darin, daß das Kontrollbureau sich in kleine Einzelheiten einmische, was, der Absicht derer gemäß, welche es gegründet, eigentlich gar nicht sein Beruf sei. Die Bill des Hrn. Fox sei im Vergleich mit der jetzt beabsichtigten Neuerung eine geringe Maßregel. Was den indischen Aufruh angehe, so hege er keinen Zweifel daran, daß derselbe eine durch religiöse Besorgnisse hervorgerufene Militärrévolte sei. Doch habe die Meuterei, wie er glaube, erst nach den in Mirut verhängten Strafen weit um sich gebracht und im größeren Theile des bengalischen Heeres Sympathien gefunden. Auch müsse er die Ostindische Compagnie gegen die Beschuldigung in Schutz nehmen, als habe sie sich gleichgültig gegen die Verbreitung des Christenthums erwiesen. Er erinnert bei dieser Gelegenheit an die große Zahl von Missionären und christlichen Schulen. Bei den Bekehrungen zum Christenthume, so wünschenswerth sie auch seien, müsse man doch in Anbetracht der vielen leicht entzündlichen Elementen, von denen man umgeben sei, mit großer Umsicht verfahren. Es sei gefährlich, die Minister der Krone mit der Ernennung hoher Beamten in Indien zu betrauen. Wenn man keine Bürgschaft dafür habe, daß die Wahl auf Männer von Erfahrung falle, die gründlich mit dem Temperament des indischen Volkes bekannt seien, so sei die englische Herrschaft in Indien nicht sicher. Es sei jetzt nicht die rechte Zeit zu Neuerungen. Wolle man aber durchaus eine Neuerung vornehmen, so müsse dieselbe von der Abschaffung des Kontrolsamtes begleitet sein. Sir C. Wood erwiderte: seit 1784 habe das Direktorium nicht mehr die ausschließliche und unabhängige Regierung Indiens gebildet, und durch die von ihm (Wood) im J. 1853 eingeführte Akte habe es aufgehört, eine unabhängige Körperschaft zu sein, da seitdem die Krone ein Drittel der Direktoren ernenne. Man habe es damals nicht für ratsam erachtet, eine durchgreifende Veränderung vorzunehmen. Allein auch schon zu jener Zeit habe er erklärt, daß später vielleicht weitere nöthig werden möchten und daß die Annahme seines Gesetzentwurfs denselben den Weg bahnen werde. Er müsse den Direktoren die Gerechtigkeit erweisen, Zeugnis davon abzulegen, daß während er dem Kontrollante vorstand, sie das größte Talent und die größte entgegenkommende Bereitwilligkeit bewiesen, und daß zwischen den beiden Departements der indischen Regierung kein feindlicher Widerstreit sich geltend gemacht habe. Allein es müsse eine bessere Art geben, eine Rathsämmerei für Indien zu wählen, als deren Erwähnung durch die Inhaber indischer Aktien. Er sehe nicht ein, weshalb dieselbe weise und gerechte Politik, die bisher befolgt worden sei, nicht auch dann befolgt werden könne, wenn Indien im Namen der Königin regiert werde. Die Zahl der europäischen Truppen in Indien müsse vermehrt werden, doch müßten alle europäischen Truppen in Indien königliche Truppen sein, wodurch der jetzt bestehende Eiferpunkt zwischen dem königlichen Heere und dem Heere der Compagnie ein Ende gemacht werde. Sir G. Bulwer Lytton bezeichnete die Bill als verwegend, lückenhaft und unüberlegt. Sie vernichte eine Körperschaft, welche, was auch immer ihre Fehler sein möchten, wenigstens das Gute habe, daß sie jedem unweisen Schritt der Executive Schranken setze. Wenn die Bill durchgehe, so werde das Haus sich nie anders, als im Parteinteresse um die indischen Angelegenheiten kümmern. Lord J. Russell bemerkte, es handle sich darum, zu einem Entschluß darüber zu gelangen, ob ein Systemwechsel stattfinden solle, und, wenn dies bejaht werde, ob man gleich Hand anlegen, oder die Neuerung bis auf nächstes Jahr, oder bis über diese Jahre hinaus zu verschieben habe. Er seinerseits müsse es durchaus mißbilligen, wenn die Sache noch ein Jahr in der Schwebe bleibe. Es frage sich also, ob überhaupt eine Neuerung wünschenswert sei oder nicht. Von der Wichtigkeit dieser Frage sei er aufs Tiefste durchdrungen. Auf die Elemente der Schwäche und Gefahr, welche das einheimische indische Heer der Aussage der zuverlässigen Gewährsmänner gemäß in sich trage, Bezug nehmend, äußert der Redner, ein europäisches Heer, und zwar ein königliches Heer, ihre Indien noth. Sei aber diese Veränderung erst einmal vorgenommen, so sei der Ostindischen Compagnie der Boden unter den Füßen weggezogen, und schon daraus folge die dringende Nothwendigkeit, etwas auf dem Wege der Gesetzgebung zu thun. Disraeli sagte, wenn er geglaubt hätte, eine Neuerung in der von Ihrer Majestät Ministern empfohlenen Richtung würde die Bewohner Hindostans England näher bringen und ihre Lage verbessern, so würde er nichts gegen die Bill haben. Die Bill werde jedoch nicht diese, sondern gerade die entgegengesetzte Wirkung hervorbringen. Eine Seite der Frage habe man bis jetzt bei der Diskussion ganz außer-

Acht gelassen; die finanzielle nämlich. Es könne nichts helfen, wenn man sage, nach Einführung des neuen Systems werde noch eine Trennung zwischen den englischen und den indischen Finanzen bestehen, und daß, wenn die indische Staatskasse leer sei, die englische nicht dafür werde einzahlen müssen. Gegenwärtig sei in Indien ein Defizit von ungefähr 2,000,000 Pfds., und dieses Defizit würde sich notwendig verdoppeln, ja vierfachen. Ehe das Parlament und das Land eine solche Verantwortlichkeit auf sich lade, sei es nötig, sich einen klaren Einblick in die Gültigkeit Indiens, und in die Art, wie dieselben am Besten auszubauen seien, zu verschaffen. Die Lokalverwaltung in Indien selbst müsse total geändert werden; das sei es, worauf es vor Allem ankomme. Die indische Regierung in England werde, nach dem neuen Plane eingereicht, nicht im Stande sein, die Details der indischen Administration zu bewältigen, und der Minister für Indien werde sich auf den Generalgouverneur verlassen, und aus diesem müsse, da er frei von aller Kontrolle sei, notwendig ein Despot werden. Die Ausgaben würden mit jedem Jahre steigen, und es werde sich dann nicht mehr um den Verlust Indiens, sondern um den Ruin Englands handeln. Der Finanzfrage könne man nicht aus dem Wege gehen. Wie aber wolle England, dem es so schwer falle, das Gleichgewicht zwischen seinen eigenen Einkünften und Ausgaben herzustellen, es anfangen, mit einem ungeheuren indischen Defizit fertig zu werden? Die Angelegenheiten Indiens hätten bisher kein großes Interesse im Parlament und im Lande erregt, einfach aus dem Grunde, weil die Engländer noch nie für Indien in die Tasche zu greifen gehabt hätten. Mit dieser Illusion werde es jetzt vorbei sein. Lord Palmerston entgegnete: wenn Disraeli das Haus mit den Schwierigkeiten der Finanzfrage habe schrecken wollen, so brauche sich dasselbe dadurch keineswegs einschüchtern zu lassen. Die Bill werde in Bezug auf das Verhältnis der englischen und indischen Finanzen nichts ändern. Dieselben würden vielmehr nach wie vor getrennt bleiben; ja, die Scheidelinie werde noch schärfer gezogen werden. Daß die Freunde des gegenwärtigen Systems sich dem Gesetzentwurf widersehnten, vermöge er zu begreifen; unbegreiflich hingegen sei es ihm, daß diejenigen, welche das jetzige System als mangelhaft anerkannten, dasselbe noch länger forbilden lassen wollten zu einer Zeit, wo Kraft und Einheit des Handelns so sehr Noth thue. Es wurde hierauf zur Abstimmung geschritten, und die Erlaubnis zur Einbringung der Bill wurde mit 318 gegen 173 Stimmen ertheilt.

[Tagesnotizen.] Auf einem der letzten gegen die Verschwörungsbill gehaltenen Meeting war die Einberufung eines großen Massenmeetings für nächsten Sonntag (morgen) 3 Uhr nach Mitternacht beschlossen worden. Gestern veröffentlichte der betreffende Ausschuß sein Programm. Vor lauter Bestreben, vorsichtig zu sein, ist es offenbar etwas lächerlich geworden. Es wird darin dringend Ledermann aufgefordert, nicht einmal den Versuch zu einer Rede zu machen, „um den verkleideten Gegnern und Sendlingen der französischen Polizei keine Gelegenheit zu Aufreizungen und Friedensstörungen zu geben“. Um aber doch dem Volkswillen einen Ausdruck zu verschaffen, sollte man sich im Vorraus über folgende lautlose Demonstrationen einigen: 1) „Dieses Meeting spricht hiermit seine wärmste Freundschaft für das französische Volk aus, mißbilligt jeden Mordversuch und Gesetzbruch, aber verdammt auch Lord Palmerstons Bill als überflüssig und schädlich, und hat mit Unwillen und Ekel gesehen, wie eine große Majorität des Unterhauses die Einbringung derselben gestattete.“ 2) Die Königin werde gebeten, Lord Palmerston vom Amt zu entfernen und der Bill, wenn sie durchgehen sollte, ihre Genehmigung versagen.“ Um halb 4 Uhr werde eine weiße Fahne geschwungen werden. Auf dieses Zeichen sollten Alle, die zustimmen, ihre rechte Hand in die Höhe heben. Die Fahne wird gesenkt, und nun heben Alle, die dagegen sind, die Rechte. Hierauf in Bezug auf die zweite Resolution ein gleiches Manöver mit einer blauen Fahne. Man werde ungefähr die Hände für und wider zählen. Dann sollte die Versammlung still, wie sie gekommen, auseinandergehen. Dieses Meeting wird aber nun, da die Verschwörungsbill gefallen, wohl kaum stattfinden. Heute früh erschien indessen das betreffende Komité vermittelst Plakaten alle Ausländer, sich morgen bei der Demonstration nicht einzufinden, damit dieselbe ihren durchaus englischen Charakter bewahre. — Im Hause, wo Orsini gewohnt hat, erschienen dieser Tage zwei englische und zwei französische Polizistagenten und nahmen das Dienstmädchen, nach einem längern Gespräch mit diesem, mit sich fort. Vorgestern schrieb Letztere an die Hausfrau, sie gehe morgen nach Paris, um Orsini zu identifizieren, und werde dann ohne Verzug nach London zurückkommen, um als Zeugin gegen Bernard aufzutreten, den sie im häufigen Verkehr mit Orsini gesehen habe. — Bernard's Anwalt, Herr Sleigh, appellirte gestern bei Richter Wightmann gegen die Entscheidung des Jardine in Bow-Street, kraft welcher den Angeklagten keine Bürgschaft zugelassen worden war. Er stellte vor, daß die Anklage doch nur auf Vergehen laute, daß die bisherige Zeugenaussage durchaus nichts bewiesen habe, daß in ähnlichen Fällen die Angeklagten früher gegen genügende Bürgschaft freigelassen worden, und daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Untersuchung noch von Woche zu Woche hinausgeschoben werden. Der im Namen der Regierung fungirende Ankläger, Herr Bodkin, führte andere Präzedenzfälle an, wo keine Bürgschaft angenommen und die Untersuchung wochenlang vertagt wurde. Im vorliegenden Falle dauerte die Untersuchung erst wenige Tage, und Herr Sleigh könne unmöglich wissen, welchen Charakters die Anklage noch sein könne. Der Richter entschied darauf, daß die Appellation in der von Herrn Sleigh eingebrachten Form gegen den Brauch sei, daß der vom Vertheidiger angeführte Fall auf den vorliegenden nicht passe, und daß daher keine Bürgschaft zulässig sei. Doch gesteht er Herrn Sleigh das Recht zu, auf die Freilassung des Angeklagten gegen Bürgschaft anzutragen, wenn die Untersuchung sich noch wochenlang hinausziehen sollte, ohne daß sich ein genügender Grund zur Anklage herausgestellt hätte. — Die „Times“ meldet: „Sir James Westhill hat am 3. d. M. nach fünfzigjähriger Dienstzeit seiner lange von ihm ausgesprochenen Absicht gemäß seinen Posten als Sekretär der östindischen Gesellschaft niedergelegt. Doch wird er, wie man hört, während der gegenwärtigen parlamentarischen Diskussionen der indischen Frage den Beifall leihen, den er vermöge seiner reichen Erfahrungen zu gewähren im Stande ist.“ — Die auf Abberufung Lord Canning's dringende Petition der Bewohner von Kalkutta ist endlich auf Ansehen des Hauses der Gemeinen gedruckt worden. Sie ist mit Randbemerkungen des Generalgouverneurs versehen, welche sich auf angebliche falsche Irthümer beziehen. Auf die in der Petition enthaltenen Ansichten und Argumente läßt sich Lord Canning in seinen Anmerkungen nicht ein.

London, 21. Febr. [Die Kabinetskrise.] Der ministrische „Observer“ meldet: In dem Kabinett, welcher sich gestern um 4 Uhr versammelte, nahm Lord Palmerston die Meinung seiner Kollegen entgegen, welche dieselbe einstimmig und ohne Zaudern abgaben, und verfügte sich dann in den Palast, wo er der Königin seine Entlassung einreichte. Dann kehrte er zu seinen Kollegen zurück und berief sich mit ihnen noch eine Stunde lang. Es unterliegt nun kaum einem Zweifel,

meint der „Observer“, daß Ihre Majestät den konstitutionellen Brauch beobachten wird, wenn sie es nicht schon gethan hat, d. h., daß sie den anerkannten Führer der Opposition zu sich bescheiden wird. Die Freunde Lord Derby's sprechen es unverhohlen aus, daß er bereit sei, die Sägel der Regierung in die Hand zu nehmen, und wenn er es nicht thut so werden sich die gierigeren seiner Anhänger schmerlich enttäuscht fühlen, nachdem sie sich dazu haben aufstacheln lassen, für die gefährliche und verschrobene Resolution des Herrn Milner Gibson und des Hrn. John Bright zu stimmen. Es ist weit mit den Gentlemen von England geschehen. Wir haben es hier ganz mit derselben Parteikombination zu thun, welche der Regierung im vorigen Jahre bei Gelegenheit der chinesischen Frage eine Niederlage beibrachte, mit derselben, von welcher wir wußten, daß sie vor Anfang der Session intriguirte. Sie hat jetzt einen unheilsamen Triumph erfochten. Die Hrn. Disraeli, Sir James Graham, Gladstone, Lord J. Russell, Roebuck, Bright und Gibson haben Lord Palmerston noch einmal geschlagen. Wir wollen gerecht gegen diese Herren sein. Ihre Resolution war mit außerordentlichem Geschick abgefaßt und vortrefflich dazu geeignet, Abgeordnete der verschiedenen politischen Farben zu sammeln. Eine Berufung an die Nationaltheit Englands findet stets Anfang im Hause der Gemeinen, wie das auch ganz in der Ordnung ist, und wenn auch der Attorney General deutlich bewies, daß die dem Hause vorliegende Bill vor Empfang der Depesche des Grafen Walewski beschlossen und ausgearbeitet worden war, so hörte man inmitten der im Hause herrschenden Aufregung doch kaum auf diese Versicherung... Handelt es sich jetzt etwa bloß um einen gewöhnlichen Ministerwechsel? Wir fürchten, daß dies keineswegs der Fall ist. Jede jetzt ans Auder gelangende Regierung, mag nun Derby oder Russell an der Spitze stehen, welche von der Konsequenz eines Graham und Gladstone, dem versöhnlichen Geiste eines Roebuck, der echt britischen Gesinnung eines Milner Gibson und den feinen Manieren eines Sir Robert Peel unterstützt wird, kann keine leichte Aufgabe haben. Eine Regierung, die durch einen Antrag, welcher offene Feindseligkeit gegen den Bundesgenossen der Regierung Lord Aberdeen's vom Jahre 1854 athmet, ins Amt gelangt, wird nicht auf Rosen gebettet sein. Die Sache ist nicht so leicht, wie diese Herren glauben, obgleich jeder von ihnen seine Ministerliste wohl schon fertig in der Tasche hat. Wie lange sollen die Gefährde Englands einer Rolle von Unzufriedenen als Spielball dienen, die keine Idee mit einander gemein haben und sich nur mit einander verbinden, um Unheil zu stiften, welches wieder gut zu machen sie außer Stande sind!“

Frankreich.

Paris, 20. Febr. [Die Verhandlungen über das Sicherheitsgesetz.] Bei der allgemein herrschenden Spannung auf die Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers über das Repressivgesetz berichtet der „Moniteur“ ausführlicher über die Debatten. Nach ihm bemerkte Herr Granier de Cassagnac, daß in die Debatte Erinnerungen an Regierungen, die eine große Kraft besaßen und sich derselben mit Nachdruck bedienten, hineingespielen. Zwar seien weder Staatsgefängnisse noch Bastille erwähnt worden, einige Gemüther würden jedoch augenscheinlich von Vorurtheilen dieser Art beherrscht. Das ehrenwerthe Kammermitglied ergriff diese Gelegenheit, um einigen Vorwiegengenommenen die Wahrheit zu sagen und zu zeigen, daß das erste Kaiserthum und die alte Monarchie sehr gemischte Regierungen gewesen seien; nur die Revolutionsszenen seien Zeiten der Gewaltthäufigkeit gewesen. Indem der Redner die Anzahl der wegen politischer oder religiöser Dinge unter dem ersten Kaiserthume und der alten Monarchie Eingekerkerten mit den politischen Verhaftungen, die in den verschiedenen Revolutionsepochen erfolgten, vergleicht, weist er die Unbedeutendheit der Anzahl politischer Verhaftungen, die unter den monarchischen Regierungen erfolgten, nach und zeigt den blutigen Abgrund, in den die Gesellschaften gerathen, wenn sie ihre Mithilfe Regierungen, welche sie bereitet haben würden, entziehen. Herr Riché bemerkte, er gehöre in politischen Angelegenheiten zur Schule des gesunden Menschenverstandes. Nun frage es sich, ob Gefahr für die Gesellschaft vorhanden und ob die beantragten Maßregeln so seien, daß sie die Zukunft zu schützen vermöchten. Auf keinen Fall können sie die ehrlichen Leute bedrohen oder erreichen. Die Salons behalten die Freiheit der Unterhaltung, die Blätter die Freiheit der Anspielungen (la liberté des allusions), nur den Dolch will die Regierung ihren Feinden aus der Handwinden. Das ehrenwerthe Mitglied prüfte die Hauptbestimmungen des Gesetzentwurfes und suchte zu zeigen, daß sie nichts enthalten, was ehrliche Leute zu fürchten haben. Dagegen gebe es etwas, was alle Regierungen beherrsche, die Oberherrschaft der Sitten und die Vernunft. Herr Pichon meinte, wenn er ein Gesetz kenne, das in Stande wäre, die Wiederkehr des Mordanfalles zu verhindern, der ganz Frankreich so tief ergriffen habe, so würde er denselben unbedenklich seine Zustimmung ertheilen, gleichviel, welchen Charakter es habe; aber am vorliegenden Gesetzentwurf lasse sich diese Wirksamkeit nicht wahrnehmen, im Gegentheil scheine derselbe verderblicher Art zu sein. Der Theil des Gesetzentwurfes, wodurch die Regierung Vollmacht erhalte, aus dem französischen Gebiete Personen auszuweisen, die zu anderen Seiten von Verurtheilungen oder Maßregeln der allgemeinen Sicherheit heimgesucht werden, sei seiner Ansicht nach mit dem Fehler der rückwirkenden Kraft behaftet. Seiner Meinung nach fehlt es der Regierung den geheimen Gesellschaften gegenüber keineswegs an Waffen, aber das ehrenwerthe Mitglied errichtet vor den Folgen, welche das Interdict nach sich ziehen könnte, das über eine sehr große Anzahl von Personen verhängt werden sollte, deren Hass und Leidenschaften dadurch nur noch mehr entfacht würden. Er will die Gefahren der Gesellschaft durchaus nicht in Abrede stellen, er findet dieselben sogar sehr bedeutend, aber er glaubt nicht, daß Ausnahmsmaßregeln das rechte Heilmittel seien. Ihm zufolge beruht das Unheil vorzüglich in der Entstiftung der Massen, in der Verbreitung von Umsturzlehren, und er ist der Meinung, daß das Unheil durch Ausübung des allgemeinen Strafrechts befördert werde. Alle in dem Geiste von 1848 gemachten Konzessionen erscheinen ihm verderblich. Das beste Mittel zur Beschwichtigung der Gefahr habe die Regierung in Händen, wenn sie begreife, daß ihre Aufgabe vor Allem eine Rolle der Ausgleichung sei, und daß sie sich auf die konservativen Kräfte der Gesellschaft zu stützen habe. Herr Baroche, Präsident des Staatsrates, sprach über Geist und Tragweite des Gesetzes. Dieses Gesetz dient bloß der Politik der Erhaltung und Wiederherstellung. Allerdings würde die Regierung froh sein, wenn sie im gesetzgebenden Körper bloße Maßregeln der Milde beantragen könnte; aber sie ist dem Lande vor allen Dingen Wahrheit schuldig. Die fortwährenden Konzessionen, die übertriebene Achtung vor den Bedenken der Juristen, die systematische Duldsamkeit haben Schritt für Schritt zwei Regierungen zu den Revolutionen von 1830 und 1848 geführt. Das Kaiserthum wird solche Schwächen nicht nachahmen. Es weiß, daß, wenn der Mordanfall des 14. Januar durch einige von Außen hereingetragene Ausländer verübt wurde, die Meuchelmörder ihr Leben nicht aufs Spiel gesetzt haben, ohne daß sie sich in ihrem

Unternehmen durch einige Hoffnung bestärkt fühlten, daß dasselbe der Anarchie zu Gute kommen werde. Schon konnte man in der That an mehreren Punkten des Reiches eine gewisse Erwartung nachergebnisse gewahr; alle nach dem Attentate eingezogenen Berichte haben die Gefahr dargeholt. Der Herr Präsident des Staatsrates will das Unheil weder übertrieben noch verhehlen: es sind in Frankreich noch einige Trümmer der Aufstandsrehe von 1848 vorhanden, welche man weiß nicht wie, geheimnisvolle Weisungen erhalten, und auf welche die Augen der Soldaten der Unordnung gerichtet sind. Das Land kann den Unternehmungen dieser unverbesserlichen Minorität nicht ausgesetzt bleiben und sich durch einige Wuthende im Schach halten lassen; es gilt, dieselben so ohnmächtig zu machen, daß sie nicht mehr schaden können, und dies eben ist der Zweck des Gesetzes. Die Regierung will weder ein Verdächtigengesetz, noch ein Inquisitionsgegeset; sie fordert bloß eine Waffe, um sich öffentlich zu vertheidigen, und der gesetzgebende Körper, der mit seiner herstellenden Politik so vollständig einverstanden ist, wird ihm diese nicht vorhalten. In der Diskussion über das Repressivgesetz hat sich im gesetzgebenden Körper zum ersten Mal eine, obwohl der Zahl nach nur sehr beschränkte Opposition gezeigt. Die Namen der Deputirten, welche gegen den Entwurf gestimmt haben, sind, nach einer Mitteilung des „Nord“, die H. H. Hénon, Olivier, Turc, Darimon, Branne, Plichon, Duval, Léger, Gareau, Comte de Pierre, Vicomte de Rambois, Marquis de Morlemart, Baron de Jouvenel, Comte de Flavigny, Baron Anatole Lemercier, Adolphe Warler, Ancel, Javal de Kerbégan, Marquis de Chalhouet, Marquis d'Andelarre, August Chevalier, Haligon, Legrand.

[Die Verhandlungen über das Sicherheitsgesetz; Bernard.] Der gesetzgebende Körper hat, seitdem er besteht, so gute Tage nicht gehabt, als seitdem er das Sicherheitsgesetz überwiesen erhielt. Man folgte jedem Schritte seiner Kommission mit Interesse, man berechnete den Termin, mit welchem die Debatte ihren Anfang nehmen würde, und nun sie angefangen haben, sammelte sich Alles, was einen Platz finden kann, im Palais Bourbon, und wer so glücklich nicht ist, vor demselben. Sogar im „Moniteur“ finden diejenigen Spalten, die sonst jeder Leser, auch der gouvernemente, gern überschlägt, jetzt ihr Publikum. Man liest die därfstigen Auszüge, welche das amtliche Blatt aus den Reden der Deputirten giebt, mit um so gründlicher Aufmerksamkeit, als gerade diejenigen Ausführungen der Oppositionsredner, welche das Interesse am Lebhaftesten beschäftigen, in dem offiziellen Bericht übergegangen sind. Der Bericht erhält dadurch den Werth eines Palimpsest, man übergeht das Lesbare, um zwischen den Zeilen das zu lesen, was vertilgt werden sollte, von dem begierigen Auge aber desto eifriger gesucht und entziffert wird. Nicht einmal Granier de Cassagnac, dieser selbst war Olivier's Nachfolger in die Reihe der Redner, nicht sein Bruder, der Abbé, hatte vollständig Gnade vor dem „Moniteur“ gefunden, seine Deklamation ist nur äußerst lückenhaft vorhanden, und Olivier's Rede klingt in der offiziellen Fassung gerade so, als habe der junge Advoat dem Gesetz nur darum Opposition machen wollen, weil er es mit dem System der Regierung im Widerspruch finde, und weil er Frankreich für so beglückt, für so gesichert halte, daß ein Schutz dieser Sicherheit als das Überflüssigste von der Welt erscheinen müsse. Jedes Kind in Paris weiß besser, in welchem Sinne der Deputirte von Paris gesprochen hat, und irre ich nicht, so ist bereits Anstalt getroffen, daß die Rede vollständig zur Offenlichkeit gebracht werde. Baroche's Plaidoyer für das Gesetz war so ungeschickt, wie man es von dem Präsidenten des Staates nicht erwartet hatte. Indem er beruhigen wollte, streute er Befürchtungen aus, die viel weiter gehen, als diejenigen, die beschwichtigt werden sollten. Baroche sagt mit deutlichen Worten, die Trümmer der Parteien, welche das neue Regime verneint zu haben glaubte, hätten in allen Theilen des Landes ihren Herd aufgeschlagen, die Armeen der Unordnung sei organisiert und rekrutiert, und die Regierung habe sichere Kunde, daß die Soldaten des Anarchismus mit Spannung auf den Augenblick und auf die Ereignisse lauern, die ihnen das Signal geben sollen, ins Feld zu rücken. Emile Olivier hat in der heutigen Sitzung Herrn Baroche geantwortet und die Argumente des Gouvernements und seiner Avocaten mit der Unerbittlichkeit, welche der scharfen Logik dann am meisten eigen ist, wo sie die Sprache der Überzeugung redet, vernichtet. Auch Granier de Cassagnac hatte die Ehre, einen Widerlacher unter den Rednern zu finden, den geistreichen, aber sonnenfusen Herrn de Pierres. Daß das Gesetz in allen seinen Bestimmungen nichts desto weniger vollzogen wurde, kann nicht überraschen, man wußte das vorher. — Ueber die Vergangenheit des in England verhafteten Mitangeklagten Bernard erfahre ich einige interessante Einzelheiten. Die „Times“ erwähnt bereits, er führe den Beinamen „der Klubist“. Bernard war nämlich ein Mann, der aus dem Klubhalten und Klubreden Professio gemacht. Er ist 1848 mehrmals angeklagt worden, weil er Klub abhielt, um sich Einnahmen zu verschaffen. Er ließ Entseigeler einfordern und lebte von diesen Einnahmen. Unzählige Male hat er deshalb vor Gericht gestanden. Seine Vertheidigungen waren sehr leck und originell. Man erzählt, daß der Präsident ihn einmal in einer Vertheidigungsrede mit den Worten unterbrochen habe: „Ich entziehe Ihnen das Wort“, und Bernard erklärte darauf: „Und ich entziehe Ihnen meine Person“, entfernte sich unaufgehalten aus dem Sitzungssaal und verschwand. (B.H.)

[Die Stimmung über das Votum des Parlaments; Prinz Napoleon.] Die Nachrichten aus London haben eine sehr große Aufregung in den amtlichen Kreisen hervorgerufen. Graf Walewski soll sehr ärgerlich sein, da er sich gegen die Veröffentlichung der gegen England gerichteten Militäradressen gewehrt hat. Die hiesigen halbamiliaren Blätter beklagen aufs bitterste das Votum der Kammer. Das „Paris“ legt dem Votum jedoch eine viel geringere Bedeutung bei als die „Patrie“ und spricht ihm jeden Einfluß auf die zukünftigen diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und England ab. Die „Patrie“ befürchtet, daß das Schicksal der Flüchtlingsbill sehr kompromittiert sei. Zugleich erklärt das halbamiliare Blatt, daß die französische Regierung keineswegs daran gedacht habe, England ihren Willen aufzuzwingen, sondern daß sie sich vollständig in den Grenzen ihres Rechtes einer befreundeten Regierung gegenüber gehalten habe. Sehr bedauernswert findet die „Patrie“, daß Palmerston nur deshalb gestürzt wird, weil er die Gerechtigkeit und Moral mit ernsthaften Garantien umgeben wollte. Nichts rechtfertigt ihr zufolge eine derartige Verurtheilung. Sie gebe keineswegs der Ehre der Nation, die nicht verkannt worden sei, eine Gnugluhung, sondern einzige und allein dem ungerechten Eifer der politischen Leidenschaft. — Prinz Napoleon ist vom Pferde gestürzt und hat sich eine Verrenzung zugezogen, die ihn 14 Tage im Bett halten durfte. Paris, 21. Febr. [Die Expedition nach China; das Lager von Chalons; die Flüchtlinge; Abd-el-Kader.] Man verfügt, daß die Regierung schon in einigen Tagen beabsichtige, vom gesetzgebenden Körper einen außerordentlichen Kredit von drei Millionen zur Besteitung der Expedition gegen China und Cochinchina zu verlangen. Die Expedition soll jedenfalls einen viel größeren Umfang annehmen, als man ursprünglich geglaubt hat. Die beiden Regierungen sind

übereingekommen, einen entscheidenden Schlag in den östlichen Gewässern zu führen. Der Kaiser scheint nun mit ganz besonderem Interesse den Arbeiten zu folgen, die sich auf den chinesischen Krieg beziehen. Ueberhaupt arbeitet der Kaiser seit einiger Zeit besonders viel mit dem Kriegsminister, was wohl nicht ohne Wahrscheinlichkeit mit der Einrichtung der neuen Generalkommando's in Verbindung gebracht wird. Es heißt aber auch, daß die Organisation des Lagers von Chalons bereits an der Tagesordnung sei. Der Effektivstand der für dieses bestimmten Truppen beträgt 50,000 Mann, also mehr denn das Doppelte als die im vorigen Jahre bei der Übung beteiligten Truppen. — Das Projekt, die Hauptflüchtlinge durch einen internationalen Akt auszuweisen, soll, dem Vernehmen nach, vor den Pariser Kongress gebracht werden. Dieses Projekt geht angeblich von Russland aus. — Vor zwei Jahren deponierte in der hiesigen kaiserlichen Bibliothek Abb.-el-Kader ein Manuscript, religiöse, philosophische und geschichtliche Betrachtungen enthaltend. Dieses Manuscript ist jetzt von Gustav Dugas übersehen worden und wird nächstens im Buchhandel erscheinen.

B e l g i e n .

Brüssel, 19. Febr. [Todesfall; kirchliche Anordnung; Verurteilung; Fremdenpolizei &c.] Am 16. d. ist hier die Frau eines bekannten Kaufmanns eines plötzlichen Todes gestorben, und es heißt allgemein, sie habe Gift genommen, indem unter den 64 Briefen, die man bei dem Geistlichen Van Tilo gefunden (s. unten), einige von ihrer Hand wären, und sie gesucht habe, ihr Verhältnis zu demselben würde zur Deffenlichkeit kommen. — In der Jesuitenkirche waren bis vor Kurzem die Beichtstühle mit grünen Gardinen versehen, die nach Belieben zugezogen werden konnten, so daß dann der Beichtvater und sein Beichtkind von dem Publikum nicht mehr gesehen werden konnten. Auf Befehl des Bürgermeisters, Herrn de Brouckere, dem die Oberaufsicht über alle öffentlichen Lokale in Brüssel, also auch über die Kirchen zu steht, haben diese Gardinen fortgeschafft werden müssen. Die Sache macht augenblicklich viel von sich reden, obwohl der Befehl des Herrn de Brouckere von vor dem Prozeß gegen Van Tilo datirt. — In Lüttich ist der Kandidat der liberalen Partei, Advokat Bonhienne, zum Senator gewählt worden. — Vorgestern ist endlich der Prozeß gegen den Geistlichen Van Tilo und die Dame R. beendet worden. Der Vertreter des öffentlichen Ministeriums hat noch eine große Anzahl von Briefen vorgelesen, die von Damen und Demoiselles aller Arten an den Van Tilo geschrieben worden. Auf Grund des Standes des Angeklagten, seiner Anteile, seiner tiefen Unmoralität, wie das öffentliche Ministerium sich ausdrückte, trug es auf Anwendung des höchsten Strafmaahes bei demselben an, in Bezeichnung der Dame überließ es die Bemessung der Strafe der Einsicht des Gerichtshofes. Der für den Gatten plädirende Anwalt trug darauf an, daß Van Tilo 20,000 Fr. als Schadeninteressen bezahlen soll. Der Gerichtshof verurteilte Van Tilo zu zwei Jahren Gefängnis, 2000 Fr. Geldbuße und 500 Fr. Schadeninteressen, die Dame dagegen zu vier Monaten Gefängnis und 100 Fr. Geldbuße. — Von den Gouverneuren der Provinzen ist an die Bürgermeister der Städte und Gemeinden ein Rundschreiben erlassen worden, worin ihnen aufgegeben wird, streng darauf zu halten, daß von den Gastwirthen, Hoteliers, Vermietern von möblirten Häusern &c. das vorgeschriebene Fremdenregister gehalten werde; zugleich werden sie aufgefordert, über jeden Fremden, der sich in ihren Gemeinden niederlassen kommt, der Verwaltung der öffentlichen Sicherheit die genauesten Nachweisungen einzusenden. — Der in London verhaftete französische Flüchtling Bernard hat sich früher eine Zeit lang hier und in Lüttich aufgehalten; an beiden Orten beschäftigte er sich mit der Heilung des Stolterns, wofür er eine besondere Methode erfunden hatte. (B. 3.)

[Feuerbrunst.] Aus Verviers ist die Nachricht eingetroffen, daß die großen Fabrikgebäude der Herren Postet und Dubois gestern ein Raub der Flammen geworden sind. Der materielle Verlust ist sehr bedeutend, es war aber Alles versichert. Mehrere Menschen sind stark verletzt, der Heizer der Fabrik verbrannt.

[Kaninchengeschäft in Belgien.] Es ist fast unglaublich wie wichtig dieser Handel seit 6 — 7 Jahren für Flandern geworden ist. Wöchentlich werden 50,000, mitin jährlich 2½ Millionen dieser Thierchen aus den Haupt-Zuchtgemeinden Gent, Enkoo, Thielet, Ruysselin entführt nach England geschickt, wo sie bei den Verzehern fortwährend gute Aufnahme finden, während in Flandern bei dem Preis von 1½ — 2 Franken für das Stück Mancher sich den Genuss versagen muß. Die Zubereitung und das Färben der Felle beschäftigt in Gent mehr als 2000 Arbeiter; die Ausfuhr der Felle ist seit den wenigen Jahren, wo diese Industrie aufkam, sehr bedeutend geworden, namentlich nach Amerika und Russland.

V o m P a n d a t g e . H a u s d e r A b g o r d n e t e n .

In der Sitzung vom 22. Febr. wird die Debatte über die Verordnung wegen Suspension der Zinsbeschränkungen fortgesetzt. Nachdem Abg. Fréhe sich mit wenigen Worten für die Resolution ausgesprochen, ergreift Abg. Strohn das Wort und empfiehlt die Genehmigung der Verordnung, weil im Gegenseite die Autorität der Regierung vollständig erschüttert und sehr viele Civilprozesse hervergerufen werden würden. Der Redner empfiehlt auch die Verwerfung der Resolution, weil er Gegner der Buchergesetze ist und will sich des näheren Eingehens in diese Frage enthalten, weil sie vom Abgeordneten für Berlin trefflich beleuchtet worden sei (rechts Bravo!). Der Redner geht dennoch aber in den Nachweis näher ein, daß die Steigerung der Zinsen nicht Folge der Aufhebung der Buchergesetze sei und daß die Strafgesetze den Bücher nicht bestimmen, sondern ihn verschlimmerten, da sie die Konkurrenz des ehrlichen Mannes ausschlossen.

Handelsminister v. d. Heydt: Die stattgehabte Diskussion gibt Zeugnis von der Wichtigkeit der Frage, welche die vorliegende Verordnung angezeigt und von dem lebendigen Interesse, welches sie überall hervorgerufen hat. Da die Diskussion sich vorzugsweise mit der prinzipiellen Frage beschäftigt, so ist die Regierung deshalb mit der lebendigsten Aufmerksamkeit gefolgt, und zwar nicht sowohl mit Rücksicht auf die vorliegende Verordnung, sondern mit Rücksicht auf die Frage, deren weitere Erwägung die Regierung sich vorbehalten hat, die Frage wegen definitiver Aufhebung der Buchergesetze. Für jetzt ist die Regierung nicht in der Lage, sich an der Diskussion über die prinzipielle Frage zu beheißen, sie hat im Gegenteil ausdrücklich erklärt, daß sie von dieser Frage bei der Verordnung abgesehen. Bei der jetzt vorliegenden Verordnung hat die Regierung nur die Lage des Augenblicks ins Auge gefaßt, sie hatte sich überzeugt, daß es ihre Pflicht sei, wenn sie auf der einen Seite maßlose Anträge von der Hand wies, auf der andern Seite die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche der Benutzung der Mittel entgegenstanden, die der Privatverkehr zu beschaffen in der Lage war. Sie ist sofort mit Fertigkeit zur Beseitigung der Hindernisse geschritten und auch heute noch ist die Regierung nicht wankend geworden in ihrer Überzeugung; mit Erfolg bringt sie es wahrnehmen können, daß die gebeten Erwartungen nicht nur erreicht, sondern übertroffen sind. Sofort nach dem Erscheinen der Verordnung machte das hilflose Mithrauen, welches zerstört in alle Verhältnisse einwirkte, allmälig eine Verhügung Platz; es erschien von allen Seiten Kapitalien; man überzeugte sich, daß es an Mitteln nicht fehle, und durch die Konkurrenz ward der Zinsfuß sofort herabgeworfen, und heute seien wir den Zinsfuß schon niedriger, als zur Zeit nach dem Erlass der Verordnung. Nach Angabe der Bank ist der Betrag der zirkulirenden No-

ten bedeutend zurückgegangen. Es läge sonach keine Veranlassung vor, noch zurückzugehen auf den Bericht der Kommission und namentlich auf diejenigen Ausführungen, welche identisch zu erachten sind mit der Person des Herrn Beichtstalters. Der Bericht stellt die Gelehrtheit der Verordnung in Frage und man hat die Verwerfung der Verordnung beantragt und der Regierung anheimgegeben, für die Folge die Grenzen ihrer Befugniß inne zu halten, und doch hat die Verfassung der Regierung das Recht gegeben, in Fällen der allgemeinen Notwendigkeit mit Gesetzeskraft zu erlassen. Man hat der Regierung den Rath gegeben, zu solchen Verordnungen nicht zu schreiten, wenn sie die Genehmigung des Landtages nicht mit Sicherheit voraussehen könne. Nun die Regierung hatte diese Überzeugung und sie hat sich nicht getäuscht; die Genehmigung des Landtages ist fast einstimmig erfolgt, und ich glaube, dies auch von diesem Hause voraussehen zu dürfen. Indem die Regierung erklärt, daß sie die Frage der definitiven Aufhebung nicht präjudizieren wolle, ist dies dennoch bezweckt worden, man hat behauptet, daß sie diese Frage sogar antispielt habe. Wäre dies wirklich der Fall, so würde nicht der Regierung die Schuld beizumessen sein, sondern nur der Natur der Verhältnisse; es würde dann nur folgen, daß die Wirkung der Verordnung eine solche sei, die die definitive Aufhebung der Buchergesetze für das Land wünschenswerth mache. Man hat es völlig unverständlich gefunden, daß die Verordnung zur Zeit einer Krise erlassen worden; würde es denn nicht ganz unverständlich sein, wenn sie in einem rubigen Augenblick erlassen worden wäre, ohne daß man irgend eine Veranlassung dazu gehabt hätte? Man hat weiter der Regierung vorgeworfen, daß die Verordnung das Rechtsgefühl des Volkes und die Sittlichkeit verlegt habe, aber wo ist in dieser Beziehung irgend etwas bemerkt worden? Man braucht nur den Diskussion zu folgen, um überzeugt zu sein, daß die Auseinandersetzung über die Verhältnisse des Büchers nirgend bestellt worden ist, und man sehe nur nach andern Staaten, hat da die Sittlichkeit gelitten? Ich habe nicht gesehen, daß dort eine solche Wirkung verfügt worden wäre. Man hat ferner gelagt, daß die Regierung in dieser Krise alle andern Verhältnisse dem einzigen Gesichtspunkte untergeordnet habe, indem sie nur die Verhältnisse des Handels berücksichtigt hätte. Wer irgend wie bekannt ist mit den Geldverhältnissen des Landes, dem kann es nicht unbekannt geblieben sein, daß die Verlegenheiten nicht bloß im Handelsstande vorherrschen, sondern daß alle Klassen davon betroffen waren, und es hat sich namentlich herausgestellt, daß die Wechselreitereien nicht bloß im Handelsstande vorherrsen, weshalb auch die Krise nicht als bloß von diesem Stande ausgezogenen betrachtet werden kann. Im Innern des Landes ist weit weniger von dem Spiel zu erkennen gewesen, als in der Hauptstadt. Das übrigens nicht bloß der Handelsstand ins Auge gesetzt ist, folgt aus den Berichten, welche die Regierung erfordert hat. Viele Guisbeschauer waren in der Lage, Geld zu bedürfen, und wollten dafür Unterfangen geben. Erst durch die Verordnung sind sie in Stand gesetzt worden, Vorhüsse zu empfangen, um mit ihrem Getreide auf günstigere Konjunkturen spekulieren zu können. In diesem Hause ist ja selbst in der vorigen Session der Regierung die Frage wegen Aufhebung der Buchergesetze zur Erwagung überwiesen worden, und auch der Provinzial-Landtag der Provinz Posen (B. 2) hat sich dafür ausgesprochen, woselbst doch nur kleiner Handel ist, aber viele Guisbeschauer sind. Es ist noch darauf hingewiesen, daß die Verordnung sich nachtheilig für den Grundbesitz erwiesen habe und dieser am meisten darunter gelitten habe. Diese Behauptung beruht auf einer Unkenntnis der Dinge; die Regierung ist gewiß, daß diese Wirkung nicht eingetreten ist, sie ist es gewiß nach den ihr vorliegenden Berichten der Gerichte, wonach der Zinsfuß im Allgemeinen nicht verändert worden ist in Folge der Verordnung. Alle Berichte sprechen nur von einzelnen Fällen, in denen der bisher zulässige Zinsfuß überschritten ist, und nur bei kleinen Beträgen. Nach dem Bericht des Stadtkonkurrenz-Direktoriums in Berlin betragen die Hypotheken im Ganzen 120 Millionen, und in Folge der Verordnung ist nur eine Summe von 172,000 Thlr. zu höherem Zinsfuß eingetragen worden; in neuerer Zeit sind nur Zinssätze zu 5 Prozent eingetragen worden, es fanden sich aber große Kapitalien vor, welche den früher niedrigen Zinsfuß beibehalten haben. Der Bericht schließt mit der Bemerkung, daß man sich in neuerer Zeit wieder viel mehr mit Belegung von Hypotheken beschäftige. Diese Wahrnehmung ist auch in den übrigen Theilen der Monarchie gemacht worden, und aus der Rheinprobins ist berichtet, daß in der ganzen Provinz nur zwei Kapitalien zu 5000 Thlr. und 1200 Thlr. zu höheren Zinsen eingetragen sind. Hätte die Verordnung wirklich so schwime Wirkungen gehabt, so würde es doch an Nachweisen nicht gefehlt haben; ich habe sie völlig vermisst. Ich glaube behaupten zu können, daß die Verordnung vollkommen dem Zwecke entsprochen hat. Ich will mich nur noch über die Resolution mit einigen Worten äußern. Die Regierung hat erklärt, daß sie sich mit der Frage noch beschäftige, und deshalb hält sie die Resolution für überflüssig. Will man mit derselben einer späteren Vorlage schon jetzt entgegenstehen, so glaube ich, darf man einer späteren Versammlung doch nicht vorsprechen; sollte die Resolution den Zweck haben, der Regierung zu sagen, sie sollte sich mit der Frage nicht weiter beschäftigen, so kann man der Regierung doch die Hände nicht binden wollen, wenn sie es für ihre Pflicht erachtet, diese Erwagungen eintreten zu lassen; sollte endlich die Resolution den Zweck haben, der Regierung zu empfehlen, nicht noch einmal eine solche Verordnung zu erlassen, so glaube ich, wird das Haus begreifen, daß die Regierung in einem ähnlichen Falle gerade so handeln würde, wie jetzt, daß sie sich nicht würde einschüchtern lassen, sondern ihre Pflicht thun wie jetzt. (Bravo.) Ich glaube deshalb, daß die Resolution verständlich ist, werde deshalb gegen dieselbe stimmen und bitte um ihre Verwerfung. (Bravo!) Nach der Rede des Handelsministers wird der Antrag auf Schluß der Generaldiskussion gestellt, indessen vom Hause abgelehnt. Abg. Graf Pfeil erblieb in der Genehmigung der Verordnung und der Resolution eine Art Infonsequenz, hält aber die Verordnung für eine durchaus zeitgemäße und zweckentsprechende und glaubt, daß die Staatsregierung selbst die definitive Aufhebung der Buchergesetze nicht aus den Augen verlieren dürfe. In der Resolution vermißt der Redner die Anerkennung, daß die Staatsregierung durch Erlass der Verordnung dem Lande einen wesentlichen Dienst geleistet und drohende Gefahren bezwungen habe. In diesem Sinne wünsche er eine Abänderung der Resolution. Handelsminister v. d. Heydt: Durch den Abg. v. Gerlach bin ich darauf aufmerksam gemacht, daß ich mich über einen Punkt noch nicht geäußert habe. Es ist nämlich die Frage gestellt worden, weshalb die Regierung nicht lieber den gesetzlichen Zinsfuß erhöht habe, anstatt diese Verordnung zu erlassen. Die Regierung hat dies deshalb nicht gethan, weil eine Verhöhung des Zinsfußes nicht in ihrer Absicht liegt, sie hat zu einem höheren Zinsfuß nicht provoziert, sondern durch die Konkurrenz des Kapitals den Zinsfuß ermäßigen wollen, und dieser Zweck ist vollständig erreicht. Der Schluß der Diskussion wird abermals beantragt und wiederum abgelehnt. Abg. v. Wenzel lebt nun glaubt, daß das Haus gegenwärtig noch gar nicht in der Lage sei, irgend eine Anerkennung für oder gegen die definitive Aufhebung der Buchergesetze zu geben, weshalb er die Genehmigung der Verordnung und Verwerfung der Resolution empfiehlt. Nunmehr wird die Diskussion geschlossen. Zu §. 1 sprechen die Abg. Reichenberger-Mayen, v. Gerlach und Wenzel, zu §. 2 Niemand. Es wird darauf zur Abstimmung geschritten, deren Resultat wir bereits gestern mitgetheilt haben.

Berichtigung. In der in Nr. 45 enthaltenen Rede des Abgeordneten Wenzel wird der Schluß (S. 5, Sp. 3, Z. 9 v. o.) folgendermaßen heißen: „Wenn eine Spezies der kleinen Herren, wie dies durch ihr Organ fundgegeben worden, bemüht ist, zu ihrem Schutze die Buchergesetze aufrecht zu erhalten, so liege dies in dem Grunde, daß jede durch soziale und politische Macht begünstigte Klasse ihre Sonderinteressen zum Kern des Staatslebens zu machen strebe, und damit stimme auch der Kampf dieses Organs gegen die Prinzipien der französischen Revolution, zu denen auch er, der Redner, sich bekenne, überein.“ Die Prinzipien der französischen Revolution seien der Grundzog der gleichen Menschenrechte und der Hoffnung gegen alle „Privilegien“; habe dies zu Scheuhälfte geführt, so weise er darauf hin, daß Vieles in der Welt missbraucht werde. Der Redner schließt mit der Aufrufung, daß das Haus das Votum mit Ruhe und Unparteilichkeit abgeben möge.“

L o c a l e s u n d P r o v i n z i e l l e s .

Posen, 23. Febr. [Ein Wohlthätigkeitskonzert.] Es liegt auch uns noch die angenehme Pflicht ob, mit Bezug auf das am vorigen Freitag stattgehabte Konzert zum Besten unserer Kinder erbauende Anstalt, Anerkennung und Dank auszusprechen, soweit das in unsern Bereich gehört. Wir thun das um so lieber, je seltener wir (besonders) macht man uns von manchen Seiten her gern diesen Vorwurf, uns in dieser erfreulichen Lage finden, und wenn wir denn auch etwas

spät damit kommen, so trostet uns die Überzeugung, daß unsre freundlichen Leser einige Nachricht mit uns haben, da sie sehr wohl wissen, daß sich eben nicht Alles gleichzeitig bewältigen läßt. Anerkennung und Dank zunächst dem Publikum, daß sich so außerst zahlreich, wie wir es hier selten gefunden, im Saale eingefunden und dadurch aufs Neue sein Interesse an der segenstreichen Stiftung der edlen Generalin v. Colombe befunden, ver selben eine wesentliche Beihilfe gewährt und Muth, Hoffnung und Vertrauen des Vorstandes aufs Neue gekräftigt und erhoben hat. Anerkennung und Dank aber auch sämtlichen Mitwirkenden für die Uneigennützigkeit, mit welcher sie ihr Talent, ihre Kräfte und ihre Zeit dem edlen Unternehmen gewidmet, und zugleich für den sichtbaren Fleiß und die Mühe, welche sie alle nach Kräften auf die Ausführung verwendet.

Es war zu bedauern, daß eine gestiegene Heiserkeit den nun von uns geschiedenen wackeren Opernsänger Weidemann verhinderte, seine Befugnis willkommener Mitwirkung zu erfüllen, wenn das auch die erfreuliche Folge hatte, daß Frau Schmidt-Kellberg noch einen größeren Liederabend mit dankenswerther Bereitwilligkeit ihren Gaben hinzufügte. Wir haben aufdringlich zu bedauern, daß erst am Tage vor dem Abgang der talentvollen Künstlerin sich Gelegenheit darbot, sie im Konzert zu hören. Ihr Liederabend war sehr ansprechend, weil anspruchslos, und zeigte von Bildung und Geschmack, wenn wir auch für Gumbert's „Blau-Auglein“ ein heiter beschwingteres Tempo gewünscht hätten. Daß die Künstlerin die große Arie der Antonina (aus „Bellaria“) für den Konzertvortrag mit hier und da zu starken dramatischen Kontrasten färbte, dürfen wir ihr bei der Unbekanntheit mit den akustischen Verhältnissen des Saales kaum als Fehler anrechnen. Ein Pianoforteabend eines hiesigen Dienstleiters zeichnete sich durch tüchtig gebildete Technik und lobenswerthe Sicherheit und Fertigkeit aus. Die Kapelle des 7. Regiments hatte, wie das Akkompagnement der Arie, so die Aufführung der übrigen Instrumentalstücke (Ouverture zu Iphigenia, Odeon, Indra) übernommen und löste ihre zum Theil schwierigen Aufgaben unter Berücksichtigung der Verhältnisse zufriedenstellend, was wesentlich der energischen und sicheren Führung der beiden Dirigenten, des k. Musikdirektors Vogt und des neuen Regimentskapellmeisters Goldschmidts mit zu verdanken ist. Von dem guten Willen und dem Eifer des letzteren glauben wir für die fernere Ausbildung seines Musikkörpers zugleich auch für eine erweiterte Thätigkeit in Konzerten (mit Streichmusik), und für die notwendige Ergänzung der zum Theil mangelhaften Instrumenten der Regimentskapelle, zum Besten der Kunst manches Erfreuliche erwarten zu dürfen.

S. Posen, 24. Februar. [Frau Jenny Lind-Goldschmidt] wird nun morgen Abend ihr Konzert im Bazar geben. Das Programm bei dessen Aufführung die Künstlerin durch ihren Gatten, einen talentvollen und sehr achtungswerten Pianofortevirtuosen unterstützt wird, verheißt nach verschiedenen Seiten hin einen sehr reichen Genuss. Außerdem grob scheint sich auch die Theilnahme des Publikums für dieses seltene Kunstereignis zu gestalten, und das um so mehr mit Recht, als der Kontinent schwerlich jemals wieder Gelegenheit haben wird, die weltberühmte Sängerin zu hören, da dies ihre letzte Kunstreise ist, und sie schon im Frühjahr für immer nach England überstieß. Wie möchten den Musikfreunden, die bisher noch nicht ihre Entrée's sich gestattet haben, Eile annehmen, damit nicht ein trostloses „Zu spät!“ sie um den gehofften Genuss bringe.

Posen, 23. Febr. [Polizeibericht.] Gestohlen am 16. d. Mts. in Büttelstraße Nr. 11 aus verschlossener Wohnung mittels Nachschlüssel zwei Decken, vier Kopfkissen, rohgefertigte Inleute, weiße Überzüge, von denen ein Kopfkissen-Bezug gestift ist, ein Bettlaken; ferner in Breitestraße Nr. 24 ein großer messinger Wärter, vorne die Jahreszahl 1796 eingraviert, mit rothseidene Tafeldecke mit braunen und hellgelben Karräus. Gefunden und im Polizeibureau auffeiert am 19. d. Mts. in der Drosche Nr. 17 ein Schläferdegen mit silbernem Portepée und ein Regenschirm in einem schwarzen Gitterdegen; ferner ein graulederne Geldtasche mit Messing-schlöß, 4 Thlr. 25 Sgr. 3 Pf. Inhalt, und eine graubraune und eine blonde Schlittendecke.

Neutomysl, 23. Febr. [Kindermord; toller Hund; wie man Verordnungen zu umgehen sucht &c.] Die Dienstmagd Julianne Bohr aus Paprotzsch, gegen welche die Untersuchung wegen Kindermord eingeleitet worden (s. Nr. 26), ist nunmehr, da ihr Gesundheitszustand den Transport gestattet, an das Kreisgericht nach Grätz zur Haft eingeliefert. Bei Gelegenheit der Sektion der Leiche soll ein Geständnis abgelegt haben. — Vor einigen Tagen zeigte sich in hiesiger Stadt ein Hund, welcher alle Spuren der Tollkrankheit zeigte. Glücklicherweise kam man ihm bald auf die Spur, und er wurde auf dem Markte hier erschossen; ob er Menschen oder Vieh gebissen, ist noch nicht bekannt geworden. Von Seiten der Polizeibehörde ist das Ansetzen der hiesigen Hunde auf 6 Wochen befohlen worden. — Die Bekanntmachung vom 10. November 1858 verbietet das einspännige Fahren anders als mit Gabeldeichsel. Demzufolge wurden Stellmacher und Schmiede so mit Anfertigung von dergleichen Deichseln überhäuft, daß viele Besteller sehr lange warten mußten, ehe sie befriedigt werden konnten, da der Termin zur Durchführung der Verordnung auf den 1. Januar 1858 gestellt worden war. An einem Wochenmarkttag kam ein Bauer mit Getreide und Stroh nach der Stadt gefahren, einspännig und mit einer Deichsel. Vor der Stadt spannte er das Pferd vorne an die Spitze der Deichsel, und er selber zog an einem Stricke hinter dem Pferde. Dies wurde bald bemerkt und gefragt, weshalb er mit der Deichsel fahre, entgegnete er: „ich fahre nicht einspännig, ich ziehe den Wagen selber.“ Ein Anderer hatte eine Kuh, sein ganzes Inventarium, vorgespannt. Um sich aber vor Strafe zu schützen, ging er auf der anderen Seite und zog an einem Stricke neben derselben ancheinend mit. Zu seiner Rechtfertigung gab er vor: „können wohl gleich sein, ob er auf der Ueberseite mitziehe oder ob er noch eine Kuh angespannt hätte.“ Es sind das meist Leute, welche momentan nicht die Mittel besaßen, sich Gabeldeichseln anzuschaffen. Das kann natürlich kein Grund zur Entschuldigung der Uebertretung sein, und es sind bis jetzt hier schon sehr viele Bestrafungen wegen Vergehen gegen die offizielle Bestimmung vorgekommen. — Am 18. d. reiste der Oberregierungsrath v. Selzer aus Posen von Grätz nach Altomysl, und nachdem derselbe am 19. d. hier die Bureaus des k. Landratsamtes, Distriktskommissariats und Magistrats, so wie die erste Klasse der hiesigen Stadtschule besucht hatte, von hier weiter.

Rogasen, 23. Februar. [Eine Erläuterung; Erzfeinde; Wölfe.] Vor einiger Zeit brachte Ihre Zeitung eine Korrespondenz aus Bromberg über die Inhaftirung eines Mannes, der sich mit der Detonation von Konzertannoncen befaßte. Die dort ausgesprochene Muthmaßung, welche diese sonderbare künstlerische Propaganda auf Geistesförderung zurückführte, war in der That richtig. Der reisende Künstler ist, wie wir hören, ein Israel G. aus Dobornik, den seine „Kunstreisen“ auch wiederholentlich nach Rogasen geführt haben; er zeichnet sich durch eine wahrhaft erzessive Höflichkeit aus, der er selbsttreu bleibt, wenn er nicht auf die entsprechende Disposition bei Andern stößt. Die angekündigte Fortsetzung in der Beilage. (Fortsetzung in der Beilage.)

zerte existiren natürlich nur in seiner schöpferischen Phantasie. — Unter den während der öffentlichen Kreisgerichtsverhandlungen vom 11.—13. Febr. vorgekommenen Fällen zeichnete sich vor einer Reihe von für das weitere Publikum interesslosen Eigentumsverbrechen ein Vorfall aus, der geeignet ist, auch in weiteren Kreisen Beachtung zu finden. Im Juli vorigen Jahres war ein Lehrer des hiesigen Gymnasiums, als er in Begleitung des Judenmissionärs J. durch die Judenstadt ging, in der Nähe der Synagoge von einem Haufen Israeliten Anfangs mit Schimpfsreden verfolgt, schließlich sogar thäthlich bedroht und mit Steinwürzen insultiert worden; er musste sich in ein Kaufgewölbe am Altmarkt flüchten, das aber so lange blieb, bis der Hause beim Erscheinen eines Poliziedieners sich zerstreute. Als Theilnehmer an diesem Erzeh angeklagt standen am 11. Febr. vor den Schranken W. R.—J. und L. Sch—ll nebst einem Knaben, doch wurde zu weiterer Zeugenvornehmung ein neuer Termin anberaumt. Es ist zu wünschen, daß die Untersuchung zur Entdeckung der Hauptteilnehmer solch pöbelhaften Straftumultes führt und daß an ihnen ein Exempel statuirt werde. Der ganze Vorfall legt von Neuem ein trauriges Zeugnis ab, daß der Tag noch fern ist, wo es allseitig erkannt wird, wie die Kämpfe des Geistes nur mit den Waffen des Geistes geführt werden dürfen, und daß Toleranz und Duldung zum wahren Gottesdienst im Geiste und in der Wahrheit gehört. — Gestern verbreitete sich hier die Nachricht, daß bei Rosnowo (1½ Meilen von hier nach Dobrik zu gelegen) sich Wölfe hätten sehen lassen; sie sollen einen Hund an der Leine gefressen haben; relata refero. Sicher ist dagegen das mehrfache Vorkommen der Hundetotschuh in umliegenden Dörfern.

A Klecko, 23. Febr. [Mildthätigkeit; Chausseegeldbefreiung; Preise.] Das dem Pfarrer zu Drozdow bei Kolberg betroffene Brandunglück (s. Nr. 36 uns. Blg.) findet hier die größte Theilnahme. So veranstaltete kürzlich der Rittergutsbesitzer v. Bastrow zu Gr. Rybno in einer Gesellschaft zum Besten jener unglücklichen Famili-

lie eine Sammlung, welche einen Betrag von über 8 Thlr. ergab. Da jedoch, soll die Unterstützung eine wirksame sein, dem unglücklichen Pfarrer nicht allein Erfolg für die verlorene Habe geboten, sondern auch so viel ausgebracht werden müssen, um der ihres Augenlichts beraubten, mit lebensgefährlichen Brandwunden bedeckten Tochter ihre spätere Existenz zu sichern, so ist zu wünschen, daß die Beilettigung an dergleichen Liebesgaben eine allgemeinere werde. — Den Pferden, welche im März d. J. Behufs Prüfung ihrer Diensttauglichkeit für den Fall einer Mobilisierung der Armee auf den bestimmten Sammelplätzen vorzuführen sind, ist für den Hine und Rückweg bei dem Passiren einer Chausseegeldhebelle stelle Chausseegeldbefreiung zugestanden, sobald die Führer des Transports über den Zweck derselben durch eine Bescheinigung ihrer Ortsbehörden bei den betr. Hebestellen sich legitimieren. — Nach amtlichen Feststellungen waren die Preise in den Kreisstädten Gniezen und Wongrowitz an den letzten Wochenmärkten vom 18. resp. 19. d. folgende: In Gniezen kostete Scheffel Weizen 2 Thlr. 5 Sgr., Roggen 1 Thlr. 5 Sgr., Gerste 1 Thlr. 5 Sgr., Hafer 28 Sgr. 9 Pf., Erbsen 2 Thlr., Buchweizen 1 Thlr. 17½ Sgr., Leinsamen 2 Thlr. 15 Sgr., Rübssamen 2 Thlr. 20 Sgr., Kartoffeln 15 Sgr., 1 Ctr. Heu 1 Thlr., 1 Schöck Stroh 6 Thlr. 15 Sgr., 1 Quart Butter 20 Sgr. In Wongrowitz hingegen kostete der Scheffel Weizen 2 Thlr. 5 Sgr., Roggen 1 Thlr. 5 Sgr., Gerste 1 Thlr. 2½ Sgr., Hafer 27½ Sgr., Erbsen 2 Thlr. 15 Sgr., Graupen 4 Thlr. 17½ Sgr., Buchweizengröße 3 Thlr. 10 Sgr., Gerstengrüze 2 Thlr. 15 Sgr., Hafergrüze 4 Thlr. 22½ Sgr., Kartoffeln 16 Sgr., 1 Ctr. Heu 1 Thlr. 7½ Sgr., 1 Schöck Stroh 7 Thlr. 15 Sgr., 1 Pf. Schweinefleisch 5 Sgr., Rindfleisch 2½ Sgr., Schöpfsfleisch 2½ Sgr., Kalbfleisch 1 Sgr. 9 Pf.

Angekommene Fremde.
Bom 24. Februar.
SCHWARZER ADLER. Kaufmann Kretsch aus Berlin, Probst Franski aus Popowo, Bürger Palac aus Bus, Generalbevollmächtigter Wierski aus Wilanow und Gutsb. Sohn v. Swinarski aus Golczewo.
BAZAR. Probst Switalski aus Wielichowo, die Gutsb. v. Modlinski aus Wolentynow, v. Stabinski aus Zalesie, v. Jaraczewski aus Miechow und v. Siforski aus Grodzkow.
HOTEL DU NORD. Gutsb. v. Chlapowski aus Sjolitz u. Kaufmann Bertram aus Luban.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Landsthalterkath. v. Nasenski aus Szepowice, die Gutsb. Graf Plater aus Gora und Graf Kmicicki aus Oporowo, Frau Gutsb. v. Zianiecka aus Mechlin, Frau Bantier Leib und die Kaufleute Bickling aus Breslau, Heine aus Gera, Seifert aus Hamburg, v. Broen aus Leipzig, Horn und Liebmann aus Berlin, Kramer u. Zonne aus Magdeburg.

BUSCIPS HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Leibmann aus Leipzig, Schmidt aus Arnswalde, Erdöhl aus Görlitz u. Kleinert aus Stargard, Preym. Neut. Gebr. v. Kuntz aus Glogau.

HOTEL DE BERLIN. Kaufmann Creiter aus Darmstadt und Distrikts-Rommist Günther aus Altkloster.

HOTEL DE PARIS. Probst Weidner aus Kazmierz, Dr. Arzt Dr. Tabernacki aus Weschen, Inspektor Dombrowski aus Neuen, Bildhauer Gralisch aus Görlitz, die Gutsbes. v. Szeliski aus Orzechowo, v. Bogdanski aus Nadel u. Lichtwald aus Bednary.

WEISSER ADLER. Civil-Supernumerar Adelt aus Braunsberg und Gutsb. Buse aus Janowitz.

HOTEL ZUR KRONE. Die Kaufleute Lewy aus Nogat, Eitmann aus Berlin, Friedmann, Neustadt u. Jungmann aus Rawic.

DREI LILLEN. Steuerrezeptor Stojentin, Lehrer Lehmann, die Grundbes. Herrmann u. Wite aus Schildberg.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen.
Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 29. September 1857.

Das dem Regierungs-Assessor Friedrich Gustav Dannappel gehörige Rittergut Tarnowo, Posener Kreises, abgeschäfft auf 110,627 Thlr. 10 Sgr. 7 Pf. zu folge der nebst Hypothekenschein in der Registratur eingesehenden Taxe, soll am 28. Mai 1858, Vormittags 11 Uhr und Nachmittags an ordentlicher Gerichtsstelle subastaartl. veräußert werden.

Der dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubiger Kaufmann Abraham Mohr von hier, so wie der Besitzer, Regierungs-Assessor Friedrich Gustav Dannappel aus Tarnowo, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht erschlichenen Realsforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei uns zu melden.

Bekanntmachung.

Zur Überlassung der Lieferung von 20 bis 25,000 Stück Österküchen an den Mindestforderuden steht ein Termin auf Dienstag den 2. März c. Vormittags 11 Uhr

in unserem Sessionssimmer an.

Zu diesem Termine werden die darauf reflektirenden kautionsfähigen Personen mit dem Bemerkten eingeladen,

dass die Liquidationsbedingungen zu jeder Zeit in unserer Registratur eingesehen werden können.

Posen, den 19. Februar 1858.

Der Synagogen-Verwaltungs-Vorstand.

Bekanntmachung.

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Meistbeihilfeten der Preußischen Bank wird auf Mittwoch den 31. März d. J. Nachmittags 5½ Uhr hierdurch von mir einberufen, um für das Jahr 1857 den Verwaltungsbericht und den Jahresabschluß nebst der Nachricht über die Dividende zu empfangen und die für den Centralausschuß nötigen Wahlen vorzunehmen.

(Bankordnung vom 5. Oktober 1846, §§. 62, 63, 67, 68, 97 und Gesetzsammlung 1857, Seite 240).

Die Versammlung findet im hiesigen Bankgebäude statt. Die Meistbeihilfeten werden zu derselben durch besondere der Post zu übergebende Anschreiben eingeladen.

Berlin, den 18. Februar 1858.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Chef der Preuß. Bank

v. d. Heydt.

Bekanntmachung.

Das höhere Orts genehmigte, hier neu zu errichtende Progymnasium tritt vom 1. April c. ins Leben.

Alle Anmeldungen zur Aufnahme der Kinder können beim Vorsitzenden des Kuratoriums dieser Anstalt, Herrn Kreis-Landrat Fünck, angebracht werden.

An Schulgeld wird erhoben:

a. in der untersten Klasse 12 Thlr. jährlich,
b. - zweiten 15 : :
c. - ersten 18 : :

welches pränumerando an die städtische Schulkasse gezahlt werden muss.

Schrifft, den 14. Februar 1858.

Der Magistrat.

Königlich preußische staats- und landwirthschaftliche Akademie zu Eldena bei Greifswald.

An der hiesigen Königlichen Akademie beginnt das nächste Sommersemester am 12. April und die Vorlesungen erstrecken sich auf die im Studienplane derselben vorgeschriebenen Disziplinen aus der Staats-, Land- und Forstwirtschaft und deren Hülfswissenschaften. Der spezielle Lektionsplan ist in den Königlich preußischen Amtsblättern aufgenommen und nähere Auskunft über die Akademie und deren Einrichtung wird auf besondere Anfrage von dem Unterzeichneten gern ertheilt werden.

Eldena, im Februar 1858.

Der Direktor der königl. staats- und landwirthschaftlichen Akademie.

Geh. Regierungsrath Dr. C. Baumstädt.

Von Ostern d. J. cb finden mehrere Pensionäre freundliche Aufnahme bei

v. B. Eckert, Sapiehajplatz Nr. 5.

Güter-Verkauf im Königreich Polen.

Die Güter Piorenow zc., Gouvernement Warschau, Kreis Sieradz, Königreich Polen, unweit der Fabrikstädte Łódź, Zgierz und Fabianie, 3 Werst von zwei Zuckersiedereien gelegen, mit 1470 Morgen groß Maah Flächeninhalt, worunter 240 Morgen guter Wald, circa Morgen Wiesen, zum Theil berieselst und an einem Flussbach belegen, einer Wassermühle, starker Boden, mit lebendem und todttem Inventar, Gebäude hinreichend, zum Theil massiv und in gutem Zustande, sind jeder Zeit kaufbar unter vortheilhaftem Bedingungen, 2/3 der Schätzung erforderlich zu zählen. Näheres am Orte selbst.

Seifenfabrik-Verpachtung.

In einer lebhaften Provinzialstadt in Pommeren, an zwei Eisenbahnen und mehreren Chausseen belegen, ist Krankheitshalber des Besitzers eine Seifenfabrik vortheilhaft zu verpachten. Nähere Auskunft bei Herrn Adolph Asch in Posen.

Herzlichen Dank

dem Techniker Herrn W. Buchholz, Dienststraße 173 in Berlin, der auch mich, dem hoffnungslos Leidenden, von bösen Krämpfen, die, wie bei vielen Anderen für unheilbar gehalten wurden, in kurzer Zeit befreite. Möge dies ein beherrschender Wink für ähnlich Leidende sein.

Goldbach, Zimmerstr. 9 in Berlin.

Das seit Jahren bestehende
Fonds- und Inkasso-Geschäft
von C. L. Michaelis in Berlin,
neue Grünstraße Nr. 13,
übernimmt den An- und Verkauf und Umtausch aller
Staats- und Wertpapiere zu den Tageskursen und
führt jeden Auftrag prompt und reell aus.

Auch werden Inkasso's pünktlich ausgeführt.

Beachtenswerth.

Güter jeder Größe und in allen Gegenden nehmen ich, wie immer und bereits bekannt ist, unter sehr reicher Bedienung zum An- und Verkauf an und ersuche die Herren Verkäufer, mich recht bald mit ihren Aufträgen, unter Einsendung der Anschläge, zu beehren. Den Herren Käufern bin ich im Stande, in allen Gegenden recht preiswerthe Güter jeder Gattung und Größe, so wie andere Grundstücke zum Ankauf vorzuschlagen. Auch nehme ich jeden Kom-

missionsauftrag zur prompten und billigen Ausführung an.

C. L. Michaelis,

Berlin, neue Grünstraße Nr. 13.

Blühende Topfgewächse und Bouquets zu billigen Preisen

H. Barthold, Königstr. 6/7.

Für Landwirthe u. Blumenfreunde.

Bestellungen auf Feld-, Gras-, Holz-, Gemüse- und Blumenarten aus der land- und forstwirtschaftlichen Samenhandlung von Willi. Werner & Komp. in Berlin, werden in Neustadt bei Pinne angenommen bei

Willi. Griebsch.

Echt englisches Gehöröl, à Flacon 1½ Thlr., vorzügliches Mittel für Schwertdrüse, zu haben in Posen bei

J. J. Heine, Markt 85.

Fr. schöne Selt. Hechte, Bartsche u. Zander Donnerstag früh 9 U. billig bei Kleitschhoff, Krämerstr. 12.

Die schönste Tafelbutter frisch la langen Flecken, so wie gute Backbutter billig bei Kleitschhoff.

Hochrothe süße Weissnact Apfelsinen, 1 Sgr. pro Stück, empfiehlt

Michaelis Peiser, Hotel de Rome.

Gute Speisefarroffeln, der Scheffel 12 Sgr. 6 Pf., nov. 1858.

H. Barthold, Königstr. 6/7.

Zur Nachricht für Auswanderer.

Nachdem mein langjähriger Freund, der Schiffsmakler Fr. Wdm. Bödeker jun., hier selbst verstorben ist, habe ich dessen ausgebrettertes

Auswanderer-Erpeditionsgeschäft

übernommen, um dasselbe in seitheriger Weise fortzulegen, und erlaube mir in Folge dessen die Anzeige, daß ich vom 1. März d. J. an regelmäßig alle 14 Tage vorzüglich schöne, eigens für die Passagiersfahrt erbaute, schnellselgende, kupsferfeste und gekupierte



Dreimastige Segelschiffe erster Klasse

nach Newyork, Philadelphia, Baltimore, New-Orleans und Galveston

(nach letzteren beiden Häfen nur im Frühjahr und Herbst) expedire, mit welchen ich Passagiere zu den billigsten Überfahrtspreisen jederzeit befördere.

Auch mit den allmonatlich von

BREMEN nach NEWYORK

abgehenden prachtvollen Dampfschiffen

finden Passagiere bei mir zu feststehenden Passagepreisen die prompteste Beförderung.

Über die näheren Bedingungen ertheile ich auf portofreie Anfragen jederzeit die genaueste Auskunft, so wie ich auch stets bereit bin, Auswanderer in jeder Beziehung mit gewissenhaftem Rathe zu unterstützen.

Zum Abschluß bündiger Überfahrtskontakte empfiehle ich meinen von hoher königlicher Regierung konzessionirten und von mir bevollmächtigten Hauptagenten Herrn S. J. Auerbach in Posen, welcher gleichfalls jede wünschenswerthe Auskunft mit Vergnügen zu ertheilen bereit ist.

Bremen, im Februar 1858.

Herren. Dauelsberg,

F. W. Bödeker Nachfolger,

obrigkeitlich angestellter und beeidigter Schiffsmakler.

Zu vermieten in der Berlinerstraße Nr. 28 eine elegante Parterre-Wohnung.

Eine Remise, ca. 70 Tonnen Spiritus fassend, ist sofort zu vermieten Graben Nr. 31.

Gin ordentlicher Knabe, zur Erlernung des Glaserhandwerks, kann zu Öster c. in die Lehre treten bei dem Glasermeister **D. Kallmann**, Breitestr. 13.

Eine zweite Wirthin in gesetzten Jahren, deutscher Abkunft, welche die Viehwirthschaft, das Melken und Backen gründlich versteht, findet auf einem bedeutenden Gute in der Nähe von Posen sofort oder zum 1. April d. J. ein dauerndes Unterkommen. Kenntnis der polnischen Sprache ist wünschenswerth.

Meldungen mit Zeugnissen werden unter der Adresse **D. 20 poste restante Dusznik** entgegenommen.

Ein bejahrter, rüstiger Erzieher, in allen Fächern der Elementarbildung (auch in Latein, Französisch und Musik) unterrichtend, und mit rühmlichen Zeugnissen seiner Tüchtigkeit versehen, sucht sogleich eine Hauslehrerstelle. Geneigte Offerten werden erbeten sub Aadr. P. L. poste restante Ohlau in Schlesien.

Ein Dekonom aus dem Fürstenthum Lippe, der 10 Jahre hindurch auf bedeutenden Gütern im Fürstenthum Lippe und Westfalen als Verwalter fungirte und die besten Zeugnisse hat, sucht auf den 1. April d. J. bei einer evangelischen Gutsherrschaft in der Provinz Posen ein Engagement. Näheres zu erfahren in der Expedition dieser Zeitung.

Männer-Turn-Verein.

Mittwoch den 24. d. M. Abends 7½ Uhr Versammlung im Casselschen Lokale in der Schloßstraße. Der Vorstand.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Ermlit: Fr. M. Knauer mit Amtmann Eichel.

Verbindungen. Berlin: Salinenfaktor O. Röder mit Fr. J. d'Heureuse und Fr. Fr. W. Schulze mit Fr. D. Schulze.

Geburten. Ein Sohn dem Hrn. Ed. Gieseke in Botschen, Kammerrat Kleinwächter in Oels, Oberlehrer Dr. Cauer in Breslau, eine Tochter dem Privatdozenten Dr. Karow in Breslau, Grafen v. Polabowsh-Webner in Böltigk, Regierungsrath Kaupisch in Koblenz, Hrn. M. Balde in Berlin, Hrn. P. Franz in Prenzlau.

Donnerstag den 25. Februar 1858

Abends 18 Uhr

im Saale des Bazar

CONCERT

von Frau

Jenny Goldschmidt geb. Lind,

unter Mitwirkung des Herrn

Otto Goldschmidt.

Programm.

1) Arie aus dem Oratorium „die Schöpfung“ (Auf starkem Fittige) von J. Haydn, gesungen von Frau Jenny Goldschmidt.

2) Rondo capriccioso, op. 33 (C-dur), für Pianoforte, von F. Mendelssohn-Bartholdy, vorgetragen von Herrn Otto Goldschmidt.

3) Recitatif und Arie aus der Oper „La Sonnambula“ (Care compagne) von V. Bellini, gesungen von Frau Jenny Goldschmidt.

4) Fantaisie-Impromptu für Pianoforte von

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 23. Februar 1858.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf 3½ 83 B

Aachen-Maastricht 4 50½-49½ bz uB

Amsterd.-Rotterd. 4 66 bz

Rhein-Nahabahn 4 82½ bz

Berg.-Märkische 4 123 B

Berlin-Anhalt 4 108½ G

Berlin-Hamburg 4 136½ G

Berl.-Potsd.-Magd. 4 116½ G

Berlin-Stettin 4 113½ G

Brsl.-Schw.-Freib. 4 do. 109½ B

do. neueste 4 72 B

Brieg.-Neisse 4 73½ bz

Cöln-Crefeld 4 147½ B

Cos.-Oderb.(Wilh.) 4 56½ bz

do. Stamm-Pr. 4 —

do. do. 5 —

Elisabethbahn 5 —

Löbau-Zittau 4 —

Ludwigsh.-Bexb. 4 144½ bz uG

Magd.-Halberstadt 4 197 bz

Magdeh.-Wittenb. 4 38 bz

Mainz-Ludwigsh. 4 93 Kl bz

Mecklenburger 4 52 B

Niederschl.-Märk. 4 91 G

Niederschl.-Zweibr. 4 81 G

do. Stamm-Pr. 5 93 B

Nordb. (Fr. Wilh.) 4 56½-½ bz

Oberschl. Litt. A. 3½ 138½-½ bz

und Litt. C. 3½ 128½ B

do. Litt. B. 3½ 128½ B

Oestr.-Fr. Staatsb.

Oppeln-Tarnowitz 4 199½-99bz uG

Prz.Wilh. (St.-V.) 4 70 B

Rheinische, alte 4 61½ bz

do. neue 4 95½ B

do. neueste 5 89½ B

do. Stamm-Pr. 4 —

do. do. 5 —

Rhein-Nahabahn 4 79 bz

Ruhrort-Crefeld 3½ 87½ bz

Stargard-Posen 3½ 95½ B

Theissbahn 5 —

Thüringer (30%) 4 122½ bz

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf 4 86½ G

— 2. Em. 4 86 G

— 3. Em. 4 93 bz

Aachen-Maastricht 4 102 bz

Berg.-Märkische 5 102 bz

do. 2. Ser. 4 102 bz

do. 3. S. (D.-Soest) 4 — G II. — G

Berlin-Anhalt 4 91½ bz

— 96½ B

Berlin-Hamburg 4 102½ G

do. 2. Em. 4 —

do. 3. Ser. 4 100 bz

do. 4. Ser. 4 100 bz

do. 4. Ser. 4 96 B

Berlin-Stettin 4 99 B II. 4986½ B

Freiwillige Anleihe 4 100½ G

Cöln-Minden 4 102 B

do. 2. Em. 5 103 B

do. 4 87½ bz

do. 4 103 B

do. 4 101 bz

do. 4 94½ B

do. 4 98 bz

do. 4 98 bz

do. 4 94½ B

do